

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon 6795, Nr. 15 6787. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Havliczkova nám. 32. Postfachamt 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Kz 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Rückzahlung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

3. Jahrgang.

Samstag, 24. März 1923.

Nr. 69.

Der Bankrott.

Der Krach der Bohemia-Auslandsbank hält die Öffentlichkeit noch immer in Atem. Bei dem Umstande, daß das Schicksal zahlreicher Einleger davon abhängig sein kann, noch mehr aber angesichts der engen wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtung der Banken mit Handel, Gewerbe und Industrie, ist die entstandene Aufregung nur zu begreiflich. Vor kurzem war es die Moravsko-slezka Bank, die zusammenstürzte und wenn auch die bei der Bohemia-bank entstandenen Zahlungsschwierigkeiten nicht in erster Linie auf eine so beispiellose Luder- und Lotterwirtschaft zurückzuführen sind, wie bei ersterer, so sind doch beiden Ereignissen manche Züge gemeinsam. Gegenwärtig wird in der Bohemia-bank eine Revision durchgeführt, welche die volle Höhe der entstandenen Verluste der Bank feststellen und ihre Ursachen erforschen soll. Schon heute muß gefordert werden, daß das Ergebnis der Revision mit aller Offenheit und Rücksichtslosigkeit bekanntgegeben und keine Vertuschung geübt werde. Diese Forderung erscheint umso berechtigter und notwendiger, als die Regierung nach dem Bekanntwerden des Zusammenbruchs nichts Eiligeres zu tun wußte, als die Zeitungen zu warnen, darüber in einer die Aufregung steigenden Weise zu schreiben. Darin liegt nicht nur die Ausübung eines alten verwerflichen Bevormundungssystems, es liegt darin auch die Gefahr einer Deckung der Schuldigen. Wenn etwas die Aufregung noch zu steigern vermag, so ist es der Umstand, daß man der Presse verbietet, zu einem Ereignis von so weittragenden Folgen frei ihre Meinung zu sagen.

Was jetzt schon über die Ursachen dieses neuesten Bankrotts bekannt ist, das zeigt, daß Schuldige vorhanden sind und daß die Sachlage dadurch nicht ausreichend gekennzeichnet erscheint, wenn man behauptet, die Bank wäre ein Opfer der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, außer, man wollte die Verluste, welche die Bank an allen möglichen zweifelhaften und wucherischen Geschäften erlitt, als ein solches „Opfer“ der „wirtschaftlichen Verhältnisse“ ansehen. Die Bohemia-bank ist denn auch keineswegs in dem erlittenen Krach bloß das Objekt einer von Außen einwirkenden Ursache, sondern ihre Leitung ist hier der subjektiven Verschuldung keinesfalls frei. Daß dies keine aus der Luft gegriffene Behauptung ist, geht daraus hervor, daß gegen die Geschäfte der Bank schon vor drei Jahren im Abgeordnetenhaus schwere Anklagen erhoben wurden. Am 21. Jänner 1919 brachte der tschechische nationalsoziale Abgeordnete Mazanec den Umstand zur Sprache, daß die Banken, deren Bestimmung darauf beschränkt sein sollte, den Verkehr des Geldes und der Wertpapiere zu vermitteln, Bruttokonten des Wuchers geworden waren und hierbei führte er im besonderen gegen die Bohemia-bank aus. Er sagte:

„Ich habe hier einen Prospekt der Bank „Bohemia“, in welchem alles mögliche offeriert wird: Kaffee-Ersatz, 10.000 Kilogramm, 5000 Kilogramm Graupen-Zubehörmasse, 7000 Kilogramm Suppenextrakt, Kolonialwaren, Tee, Essig, Paradiesäpfel, Majoran, Zucker, Milchzucker, Kakao, Schokolade, Marmelade, Cognac, Vikor, Wein, zehn Waggons Sauerkraut, zehn Kisten Eier, 200 Kilogramm Trockenmilch, 5000 Kilogramm Vintauerkäse, 3000 Kilogramm Soja, 10.000 Kilogramm getrocknete Pfleumen, 5000 Kilogramm marinierte Serringe, 500 Kilogramm Selsfleisch, 250 Kilogramm Krakauer Salami, 250 Kilogramm Schinken-Salami, ein Wagon Selsfleisch mit Kraut“ usw.

Das war in der Zeit nach dem Kriege, da die Bevölkerung noch Mangel an Notwendigsten litt! Zu jener Zeit war, wenn wir nicht irren, der damalige Minister und jetzige tschechischagrarische Abgeordnete Sontag der Präsident des Verwaltungsrates dieser Bank, während jetzt als Präsident der Bohemia-bank der Sozialdemokrat Dr. Scheiner — beides also gute tschechische Patrioten — fungiert. In diesen Tagen der Not war also das Gewissen der Denker der Bank weit genug, durch ausgiebigste

Die Putzschgefahr in Deutschland.

Severing über die aufgedeckten Putzpläne.

Berlin, 23. März. Im preussischen Landtag stellen heute die Sozialdemokraten die Anfrage, ob die Regierung bereit sei, aufgrund der in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchte über die Tätigkeit der Selbstschutzorganisationen eine Aufklärung über die Abwehrmaßnahmen der Regierung zu geben.

Sozialdemokrat Hauschild führte u. a. aus: Aus dem vorliegenden Nachrichtenmaterial geht hervor, daß die Selbstschutzorganisationen und Verbände den Bürgerkrieg und die Niederschlagung der Republik mit Waffengewalt beabsichtigen und daß Reichs- und Staatsorganisationen daran beteiligt sein sollen. Ein Zusammenhang zwischen der Reichswehr und den verbotenen und aufgelösten Selbstschutzorganisationen stehe fest. Auch die aus Oberschlesien eingelaufenen Berichte lassen die Situation dort als sehr ernst erscheinen.

In Beantwortung dieser Anfrage führte Innenminister Severing u. a. aus: Man hat mir die Absicht angedeutet, daß ich heute eine sensationelle Rede halten werde. Mir liegt nichts ferner als eine Sensation. Wenn gesagt wurde, daß die Selbstschutzorganisationen

Sammelbeden des Bürgerkrieges

sein und werden könnten, so trifft dies meines Erachtens nach zu. Wenn diese Organisationen so weiter wirken wie bisher und ihnen weiter wie bisher Arbeiterbataillone entgegengestellt werden, so läßt sich mathematisch berechnen, wann es zum Los schlagen kommen wird. Ich habe das Gefühl, daß wir von diesem Termin nicht weit entfernt sind. Es geht nicht an, daß die Polizei nach links und die Reichswehr nach rechts geht. Deshalb, und weil der Verdacht aufgetaucht ist, daß gewisse sich Hauptmann und Major nennende führende Personen dieser Verbände aktive Offiziere waren, habe ich mich mit dem Reichswehrminister in Verbindung gesetzt, um hier einzugreifen.

Die Kommunisten haben der Reichsregierung zugemutet, sie soll die proletarischen Selbstschutzorganisationen unterstützen und mit Waffen versehen. So weit darf man wirklich die Selbstverleugnung nicht treiben, denn das hieße, zum Selbstmord die Hand bieten. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Die rechtsgerichteten Organisationen begründen ihre Existenz durch den Hinweis auf die Gefahr von links, auf die Bildung einer roten Armee. Die Arbeiterbataillone sind aber bei weitem nicht so gefährlich wie die rechtsgerichteten Organisationen.

Der Kampf der Staatsregierung hat sich gegen beide Seiten zu richten

namentlich vor allem gegen die größere Gefahr. Durch die Hausdurchsuchung nach dem Rathenau-Mord wurde festgestellt, daß zahlreiche

damals aufgelöste Formationen, deren Zweck zunächst der wirtschaftliche Terror ist, tatsächlich fortbestehen. Die Organisation Koffbach hat in der letzten Woche versucht, alle sogenannten Nationalverbände in örtliche Kartelle zusammenzuschließen. Die harmlosen Hundertschaften Koffbachs sind nichts als militärische Kompagnien. Der Minister verliest dann eine von Koffbach gemachte Aufstellung, woraus hervorgeht, daß für die Ausrüstung 89 Millionen, für die Leistung 30 Millionen und für die Propaganda 11 Millionen Mark erforderlich sind.

Hieraus stellt der Minister fest, daß die Reichswehrkommanden in der Provinz es strikte abgelehnt haben, mit Koffbach in irgend eine Verbindung zu treten, aber nicht ganz so widerstandsfähig haben sich einige Offiziere erwiesen. Am letzten Samstag seien in Potsdam Offiziere aus dem ganzen Reich bei einer Besprechung zugegen gewesen, der Koffbach präsierte. Der Reichswehrminister sei mit ihm der Meinung, daß für solche Offiziere in der Reichswehr kein Platz mehr sei.

Der Minister fuhr weiter fort: Seit einigen Wochen besteht die innigste organische Gemeinschaft zwischen Henning, Wulle, von Graefe und Koffbach einerseits und Hitler, Ludendorff andererseits. Die Verhandlungen Ludendorffs mit der Erhardtorganisation seien gescheitert. Koffbach habe den am Samstag versammelten Reichswehroffizieren erklärt, der preussische Minister des Innern habe die Absicht, am 31. März alle Selbstschutzorganisationen aufzulösen. Das werde sich die deutsch-völkische Freiheitspartei nicht gefallen lassen.

Es werde zum Putz kommen,

bei dem sich die Reichswehr nicht neutral verhalten könne. Auf die militärische und kriminelle Seite der Angelegenheit gehe er nicht ein. Das Material wird heute dem Oberreichsanwalt übergeben werden. In Suhl, Remscheid, Godelsberg und überall, wo sich Ansätze proletarischer Selbstschutzverbände zeigen, werde er mit allen polizeilichen Maßnahmen einschreiten, aber mit größter Entschiedenheit werde er auch gegen rechts vorgehen. Er habe beim Reichsminister des Innern angeregt, die Maßnahmen gegen militärische Verbände auch auf jene Verbände auszuweiten, die sich polizeiliche Befugnisse anmaßen.

In Preußen sei die Staatsmacht erfreulicherweise wieder so stabilisiert, daß sie Verschwörern von rechts oder links erfolgreich entgegenzutreten könne. Er habe es unterlassen, die Maßnahmen im einzelnen zu nennen. Man könne aber sicher sein, daß die Polizei in Preußen stark genug sei, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Strenge Maßnahmen gegen Rechts.

Berlin, 23. März. (Wolff.) Im Laufe der Debatte im preussischen Landtag ergriß Minister Severing nochmals das Wort und teilte mit, daß die Prüfung des Materiales schon zum Verbote der deutschvölkischen Freiheitspartei geführt habe. Der Nationalverband und alle neu entstehenden Verbände würden überwacht. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stünden in Deutschland 100.000 Mann Reichswehr und im besten Falle 150.000 Mann Polizei zur Verfügung. Die Befürchtung der Entente und die Hoffnungen einiger rechts gerichteter Kreise, daß man mit den Waffenbeständen außerhalb der Reichswehr und Polizei im Westen aktiven Widerstand leisten könne, seien völlig grundlos, doch stehe zu befürchten, daß den 250.000 Mann eine fast gleiche starke Organisation aus dem einen oder anderen Lager gegenüber gestellt werden könnte. Da könne für den Staat eine große Gefahr entstehen, wenn den Ideen der Selbstschutzorganisationen auch nur die geringsten Zugeständnisse gemacht würden und da könne es unter keinen Umständen Rücksicht geben.

Berlin, 23. März. Der preussische Minister des Innern hat mit Wirkung vom 23. März auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die deutschvölkische Freiheitspartei mit allen ihren Zweigvereinen und Organisationen einschließlich ihrer Jugendvereine „Graf Jork von Wartenburg“ für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. Das Vermögen der aufgelösten Vereinigung wurde zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Berlin, 23. März. (Tsch. B. B.) Zu der heutigen Landtagsrede des Ministers Severing wird dem Wolff-Bureau von amtlicher preussischer Stelle noch erklärt, daß die Vorsicht, mit der der Minister es vermieden hat, das von einzelnen Teilen des Hauses erwartete Material über den von der deutschvölkischen Freiheitspartei geplanten Gewaltstreich im Parlamente zu unterbreiten, darauf zurückzuführen ist, daß noch wichtige Exekutionmaßnahmen im Gange sind und auch die durch den Oberreichsanwalt in Angriff genommene Untersuchung nicht beeinträchtigt werden darf. In gleicher Weise waren es begründete Rücksichten auf innen- und außenpolitische Interessen, die ihn davon absehen ließen, Einzelheiten über den rein militärischen Ausbau und den genau bekannten Umfang der Kampforganisation der Reichsradikalen zu geben. Des weiteren wird dem Wolff-Bureau noch einmal ausdrücklich betont, daß die Gefährlichkeit des geplanten und rechtzeitig aufgedeckten Putzsches der deutschvölkischen Freiheitspartei nicht einen Augenblick unterschätzt werden darf und daß nur im Hinblick auf diese Gefahr und die dadurch zu befürchtende gewesene allerschwerste Erschütterung der Einheitsfront an der Ruhr, der Minister sich bereit gefunden hat, heute die Interpellation zu beantworten.

Teilnahme am Kettenhandel den Warenwucher zu fördern und zur Aushungerung und Ausplünderung der Bevölkerung beizutragen! Während die tschechische Bevölkerung noch im Freudentaumel der „Befreiung“ schwelgte, waren einige ihrer „Befreier“ schon eifrig daran, dieser selben Bevölkerung die Haut über die Ohren zu ziehen. Damals schwelgten die Banken in ungeheuren Gewinnen und Aktionäre wie Verwaltungsräte bezogen fette Dividenden und Lantien. Aber es sind die dunklen Wargeschäfte der Bank nicht allein, welche auf das Schuldkonto der Bankleitung geschrieben werden müssen. Als der reiche Gewinn aus dem Kettenhandel mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu strömen aufhörte, suchte die Bankleitung Lantien und Dividenden, schon deshalb, um Vertrauensselige einzufangen, auf derselben Höhe zu erhalten, wie in der Zeit schwindelhafter Konjunktur und sie warf sich nun auf alle möglichen Auslands-Spekulationsgeschäfte, von denen viele ebenso scrupellos wie waghalsig waren. Auf der Prager Börse wurde der Kurs der Aktien der Bank dadurch in die Höhe getrieben, daß die Bank noch zur Zeit, da ihre Spekulationsgeschäfte ihr bereits schwere den Bestand der Bank erschütternde Verluste eintrugen, in ihren Bilanzen noch immer einen

Reingewinn auswies und Dividenden und Lantien zur Auszahlung brachte. Dessen machte sich sowohl die alte wie die neue Bankleitung schuldig. Es geht also nicht an, die Zahlungsschwierigkeiten der Bohemia-bank bloß als Folgewirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates und sie selber als unschuldiges „Opfer“ anzusehen. Eine Bankleitung, welche an der Börse hasardierte, verwegene und arüchige Geschäfte machte, Reingewinne vorläufige und Dividenden und Lantien auszahlt, obwohl das Unternehmen sich längst als zahlungsunfähig hätte erklären müssen, hat sich durch die dadurch bewirkte Gefährdung tausender Einleger und die damit verbundene Erschütterung des Wirtschaftslebens als mit schwerer Schuld beladen erwiesen und die Regierung mußte mit aller Strenge gegen sie einschreiten. Es wird versichert, es werde dafür gesorgt werden, daß die Einleger keinen Schaden erleiden. Wenn man das auch glauben mag, so ist damit die Sache, um die es geht, nicht abgetan. Vielmehr besteht für die Regierung die Pflicht, wenn sie sich an dem Treiben der Banken nicht mitschuldig machen will, die Geschäfte der Banken unter die schärfste Kontrolle zu stellen und ihren finanziellen Stand zu prüfen. Die Annahme, daß auch andere Banken durch ihre

Teilnahme an den wüsten Spekulationen, welche ein Charakteristikum im wirtschaftlichen Leben der Nachkriegszeit bilden, in eine ähnliche Lage wie die in letzter Zeit verkrachten zwei Banken geraten, wird erst dann von der Hand zu weisen sein, wenn die Staatsverwaltung dafür sorgt, daß die Banken ihrer Spekulationswut nicht frei von allen Hemmungen frönen können. Zu lange schon ist das wirtschaftliche Leben des Staates unter dem Einflusse des von gewissen heutigetierigen Banken ausgehenden Pesthauches gestanden. Und nicht nur das wirtschaftliche, auch das politische Leben. Der Bankkapitalismus ist der wahre Herrscher im Staate geworden, dessen Gebot sich die Regierungsparteien fügen müssen. Ob Inflation oder Deflation, ob Sozialpolitik oder ihre Behinderung, alles liegt im Machtbereich dieses Bankkapitalismus, dessen schrankenloses Treiben nicht wenig auch zur Steigerung der Krise und damit zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Dem Antier, solange es nicht der Abgrund verschlingt, die Krallen zu beschneiden, ist ebenso ein Lebensinteresse der Bevölkerung wie jenes der gesunden Entwicklung des Staates.

Die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft.

Von Abg. Dr. Arnold Hollischer.

Am 17. März fand eine Vollsitzung des Reichsgesundheitsrates statt, auf deren Tagesordnung der von der Abgeordneten Landa-Styck und Genossen im Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag auf Abänderung der die Abtreibung der Leibesfrucht betreffenden Bestimmungen des österreichischen Strafgesetzes stand. Die Verhandlungen des Reichsgesundheitsrates endeten damit, daß ein Auspruch eingelegt wurde, der Vorschläge für ein zeitgemäße Reform der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen auszuarbeiten und vorlegen soll, da der gegenwärtige Zustand nach allgemeiner Anschauung unhaltbar geworden ist. Es erscheint daher angezeigt, die äußerst wichtige Frage vom sozialen, gesundheitlichen und bevölkerungspolitischen Standpunkte aus zu prüfen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das gesetzliche Verbot der Abtreibung dem sittlichen Empfinden und den Rechtsüberzeugungen der heutigen Generation nicht mehr entspricht. Die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft erfolgt jährlich in hunderttausenden von Fällen; sie kommt in den „höchsten“ Schichten der Bevölkerung ebenso vor wie in den Proletariatskreisen, auf dem Lande kaum minder häufig als in der Stadt. Die reiche Dame geht ins Sanatorium, wo der Eingriff kunstgerecht von einem geübten Hocharzte vorgenommen wird (Kostenspunkt 10.000 Kronen), das arme Arbeitermädchen macht's selbst, indem es sich eine Stricknadel einführt und so die Blase ansticht, oder es wendet sich an eine der vielen Hebammen und sonstigen das Gewerbe der Abtreibung ausübenden Weiber (es gibt auch Freiseure, die sich damit befassen); das kommt viel billiger, dafür fehlt's freilich arg an Asepsis und Antiseptis und die Gefahr für Leben und Gesundheit wächst ungeheuer. Es steht fest, daß neben der so weit verbreiteten Gonorrhoe der unvorsätzlich durchgeführte kriminelle Abortus die häufigste Ursache der weiblichen Unterleidskrankheiten ist, die so viele Proletarierfrauen sich und wohl machen. Und die Frauen des Mittelstandes endlich wispeln sich die Namen der Ärzte ins Ohr, die sich mit dem Verbotenen, dafür aber einträglichen Eingriffe befassen; man läßt sich natürlich das Risiko gut bezahlen, obzwar es in Wirklichkeit gar nicht so groß ist; von den vielen hunderttausenden Abtreibungen, die alljährlich verübt werden, kommen kaum ein paar Duzend vor den Richter; und von denen wird noch ein Teil freigesprochen.

Die Fruchtabtreibung als Rassenerschöpfung ist also da, die Furcht vor strenger Bestrafung hält fast niemanden ab, sich ihrer zu bedienen, wenn Nachkommenschaft ihm unerwünscht erscheint. Man muß sich mit der Tatsache abfinden, daß kein Gesetz und keine noch so draconische Bestrafung daran etwas ändern werden, weil die sozialen Verhältnisse sich diesen Ausweg erzwingen haben und allen gesetzlichen und behördlichen Maßnahmen zum Trost an ihm festhalten werden.

Die Fragestellung ist daher ganz falsch, wenn man darüber streitet, ob die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft sittlich und sozial zulässig oder verwerflich sei; nicht ob wir sie wollen oder nicht, steht zur Erörterung, das Problem, um dessen Lösung es sich handelt, ist vielmehr das, wie man den für die Volksgesundheit und die öffentliche Sittlichkeit unbedingt recht bedenklichen Zustand, den wir oben geschildert haben, regelt und ändert, so daß er seine Gefahren verliert.

Es unterliegt übrigens keinem Zweifel, daß die Motive, die früher zu einer so scharfen Beurteilung der Fruchtabtreibung führten, heute keineswegs mehr stichhältig sind. Die unter religiösen Lehren und Vorstellungen entstandene Auffassung, daß auch die in den ersten Monaten der Schwangerschaft gesetzte Unterbrechung als Tötung eines menschlichen Wesens betrachtet werden müsse, teilen wir nicht mehr; den des selbständigen Lebens, des Bewußtseins, der Schmerzempfindung baren Embryo, betrachten wir nicht als Individuum. Leben hat auch der Samenaden, das unbefruchtete Ei; niemand sagt deren Vernichtung als „Tötung“ auf, denn dann wäre ja auch der Präventivverkehr „Mord“;

Demgegenüber ist unsere Achtung vor dem Rechte der Frau über ihren Körper, über ihr Schicksal, in hohem Maße gestiegen; wir gestehen ihr die Entscheidung darüber zu, ob sie gebären, ob sie Mutter werden will. So lange durch ihren Entschluß, auf das werdende Kind zu verzichten, weder die Rechte eines Individuums — und das ist noch nicht da, wenn es sich um einen Embryo der ersten Monate handelt —, noch höhere Rechte der Gesellschaft verletzt werden, steht die Entscheidung ihr ganz allein zu.

Werden denn aber durch die Verminderung der Geburtenzahl, die ja die unvermeidliche Folge der zahlreichen Abtreibungen ist, nicht Zukunft und Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, Glück und Wohlstand der Völker bedroht? Auch hier hat der Sozialismus Wandel geschaffen, die falschen Auffassungen früherer Lehrgelände zerbrochen. Sie waren beeinflusst von jenen Staatsmännern, die möglichst viel Soldaten haben wollten, weil sie in imperialistischer Denkhölle befangen, sich das Glück des Volkes nur dadurch gesichert vorstellen konnten, daß es den anderen an Waffengewalt überlegen ist, aber auch von jenen, die dem Unternehmertum recht viele und wohlfeile Arbeitskräfte auf den Markt bringen wollten. Wir denken anders. Freilich wollen wir nicht, daß die Völker an Zahl abnehmen, weil sonst eines Tages ihre Kultur

verloren gehen könnte, aber wir legen Gewicht darauf, daß gesunde, lebenskräftige, leistungs- und widerstandsfähige Nachkommen in die Welt gesetzt werden, von denen nicht ein Drittel oder gar die Hälfte vor Erreichung des vierten Lebensjahres wieder abstirbt, wie es in kinderreichen Gegenden und Familien auch heute noch zu geschehen pflegt.

Uebrigens spielt die Fruchtabtreibung, mag sie auch noch so häufig vorkommen, in bezug auf Verminderung der Geburtenzahl nur eine ganz kleine Rolle, da ja der Präventivverkehr, die Verhütung der Empfängnis, zum Gemeingut der Bevölkerung geworden ist. Das Umstichgreifen des Ein- und Zweifindersystems, das wir schon in Arbeiter- und Bauernkreisen finden, das unaufhaltsam gemeinsam mit Kultur und Aufklärung fortschreitet, setzt die Kinderzahl herab, nicht die Fruchtabtreibung. Will man also mehr Nachkommenschaft, so muß man den Sabel ganz wo anders ansetzen. Nur durchgreifende Wandlung der wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft, d. h. also der Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kann da Abänderung bringen.

Gibt es also keine sittlichen und sozialen Gründe, die zur Verwerfung des künstlichen Abortus drängen, so besteht für die Gesetzgebung umso weniger Veranlassung, irgend welche — ohnedies von vorneherein zum Mißlingen verurteilte — Versuche zu machen, um dem zur allgemeinen Sitte gewordenen Brauche in den Weg zu treten. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, ihn zu leiten und zu regeln, seine Mißbräuche und gewaltigen Schäden nach Tunlichkeit zu verhüten. Wie soll und kann das geschehen?

Man gebe dem Arzte den Eingriff frei. Heute werden tausende gezwungen, ihn durch unberufene und ungeschickte Hände vornehmen zu lassen, wodurch, wie schon erwähnt, ungeheuer viel Gesundheit zugrunde gerichtet wird; und begreiflicher Weise sind es nicht gerade die ehrenhaftesten und charaktervollsten Ärzte, die sich mit diesem etwas anrüchigen Erwerbszweige befassen; auch wenn man die Abtreibung für etwas durchaus zulässiges und nützlich anseht, kommt man nicht gerne mit dem Strafgerichte in Konflikt, gibt man sich nicht der Nächsten in die Hände. Daß damit dann auch wirtschaftliche Ausbeutung verbunden ist, wurde schon oben angedeutet.

Das alles kann leicht vermieden werden, wenn man dem Arzte gestattet, in den ihm angezeigt erscheinenden Fällen den Eingriff vorzunehmen. Ich bin gegen jede allzu erschwerende Einschränkung, weil sie natürlich zur Folge haben würde, daß doch die Puffer aufgeschicht werden: es würde durchaus genügen, wenn man allen Amts- und Fachärzten das Recht einräumte, die Abtreibung vorzunehmen, und ihnen nur die Pflicht auferlegte, über den Fall Anzeige an die Behörde zu erstatten und die Gründe anzuführen, die sie zu verweigern haben, den Eingriff zu vollziehen oder zu verweigern. Selbstverständlich müßten auch die öffentlichen Krankenhäuser die Ermächtigung zur Durchführung des künstlichen Abortus bekommen.

Ich bin fest überzeugt, daß eine Vermehrung der Fruchtabtreibungen dadurch nicht erfolgen würde. Im Gegenteil, der ernste und gewissenhafte Arzt wird sehr oft mit Erfolg versuchen, der hilfessuchenden Frau ihren Plan auszureden, was sehr der auf den Gewinn lauernde Pfuscher oder der auf solche Geschäften angewiesene Abtreibungsarzt nie tut, im Gegenteil, sie werden noch zureden, um zu verdienen. Durch die vorgeschriebene Anzeige erfährt aber der Amtsarzt auf alle Fälle von der Schwangerschaft, er kann im Falle der Abweisung kontrollieren, er wird leicht feststellen können, ob der vom berufenen Arzte verweigerter Eingriff nicht etwa doch noch von unberufenen Seiten vorgenommen wird. Das alles wird sich dann offen abspielen, Unfug und Mißbrauch werden viel leichter zu verhüten sein als heute, wo zwar alles davon weiß, einer es schmunzelnd dem anderen erzählt, jeder aber dem Befehl ein Schnippen schlägt. Es gibt gar große Herren, die sich öffentlich über die Unmoral der Gegenwart entlassen, für strengste Bestrafung des systematischen „Kindesmordes“ eintreten, aber die Frau Gemahlin selbst ins Sanatorium schicken, wenn einmal in der Weinkanne ein kleines Malheur passiert sein sollte!

Ich halte es für richtig, die Zulässigkeit des künstlichen Abortus im allgemeinen auf die drei ersten Schwangerschaftsmonate zu begrenzen; daß bei etwa später eintretender Gefahr für das Leben der Mutter oder aus anderen wichtigen Gründen der Arzt bis zum natürlichen Ablauf der Schwangerschaft einschreiten darf, versteht sich von selbst, hat er doch sogar das Recht, die reife Frucht zu töten, wenn es zur Erhaltung des Lebens der Mutter unumgänglich notwendig erscheint. Aber es entspricht der sehr berechtigten sittlichen Empfindung des Volkes, die zwischen dem noch unselbständig lebenden, unorganisierten Embryo der ersten und dem Foetus der späteren Monate sehr gut unterscheidet; je reifer die Frucht wird, desto mehr nähert sich der Abortus dem Begriffe der Tötung eines Lebewesens.

Bestimmte Anzeigen, die den Eingriff als gerechtfertigt erscheinen lassen, in das Gesetz aufzunehmen, wäre zwecklos; unter „sozialen“ und „eugenischen“ Gründen läßt sich so ziemlich alles verstehen. Man muß die Ärzte belehren und erziehen, muß ihnen sachlichen Unterricht erteilen, wozu sich die von mir vorgeschlagenen sozial-ärztlichen Akademien am besten eignen würden, man muß ihnen Verständnis für die Bedürfnisse und die Noie des Volkes beibringen,

das wird mehr wert sein als gesetzliche Bindungen, die schließlich doch wieder jeder nach seinem Gewissen deutet.

Das Verbot der künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung ist ein leeres Wort geworden, der § 144 St. G. B. wird täglich tausendmal über-

treten; er untergräbt die Achtung vor dem Gesetze, er schädigt tausende an ihrer Gesundheit, er nützt nichts, er richtet nur Unheil an; darum soll er so bald wie möglich aufgehoben werden.

Die Mißwirtschaft in den Banken.

Der Zusammenbruch der „Bohemia“-Bank. — Mißliche Verhältnisse auch in anderen Geldinstituten. — Die politische Konjunktur der tschechischen Banken. — Merkwürdiges Verhalten der Regierung.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die Abgeordneten Genossen Dr. Czech, Cermak und Pillebrand folgende Interpellation an die Gesamtregierung gerichtet:

Sturz nacheinander sind zwei Banken in der tschechoslowakischen Republik in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Im November wurde die Öffentlichkeit überrascht durch die Vorgänge in der „Mährisch-schlesischen Bank“, wodurch Tausende von Menschen zu Schaden gekommen sind und in den letzten Tagen ist es die „Bohemia“-Kassenhandelsbank, welche derart große Verluste erlitten hat, daß sie vor dem Zusammenbruche steht. Auch in einer Reihe von anderen Banken sind die Verhältnisse so weit gediehen, daß die Aktivität und Liquidität dieser Institute in Frage gestellt ist. Daß sich die Zahlungsschwierigkeiten von Banken in der tschechoslowakischen Republik so häufen, spricht dafür, daß diesen Erscheinungen nicht Zufälle zu Grunde liegen, sondern daß die Ursachen hiebei in der Geschäftsführung gewisser Banken und deren mangelnder Beaufsichtigung durch die Regierung zu suchen sind. Nach dem Einsturz ergab sich für eine Reihe von Banken nicht nur eine geschäftliche, sondern gewissermaßen auch eine politische Konjunktur, indem manche Banken von der Regierung auf alle Seiten gefördert wurden, wie beispielsweise bei der Ueberführung von Renten, die auf altösterreichische Kronen lauteten, in die tschechoslowakische Republik, wo sie durch die Abstempelung nunmehr tschechische Kronen wert waren. Durch eine solche Rententransaktion soll auch die „Bohemia“-Bank — wie Zeitungsstimmen melden — vor einem Jahre saniert worden sein. An der Spitze einiger Banken stehen Leute, die nicht über das genügende ökonomische und fachwissen verfügen. Vielfach beriefen die Verwaltungsräte an ihre Spitze einflussreiche Politiker, weil sie so hofften, in gute Beziehungen zur Regierung und den herrschenden Parteien zu kommen. So ist der Präsident des Verwaltungsrates der „Bohemia“-Bank Abgeordneter Dr. Kubicek, weiters sind unter anderem Mitglieder der Verwaltung Abgeordneter Rychtera und der ehemalige Finanzminister Kuno Sontag.

Eine Eigentümlichkeit des Bankgeschäftes der „Bohemia“-Bank war es auch, daß sie sich auf Warengeschäfte verlegte und Waren kaufte, ohne daß die leitenden Persönlichkeiten von diesem Warenhandel etwas verstanden, so daß sie sie mit großen Verlusten wieder loskauf-

ten mußten. Aber die Art, wie die „Bohemia“-Bank das reine Bankgeschäft betrieb, hat ihren Zusammenbruch beschleunigt. Ohne die Kenntnis der wirtschaftlichen Grundlagen von industriellen Gesellschaften wurden den einzelnen Unternehmungen wahllos allzu große Kredite gewährt. Außerordentlich bemerkenswert ist auch das Vorgehen des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums im Falle der „Bohemia“-Bank.

Vor einigen Monaten hat das Ministerium des Innern die gemeinnützigen Geldinstitute, Sparkassen, gewarnt, ihr Geld bei der Bohemia-Bank anzulegen, während man ruhig die Einleger ihr Geld in die schon damals von der Regierung selbst als unsicher angesehene Bank tragen ließ. Trotzdem also die Regierung die unvollständigen Grundlagen der Bank kannte, blieb die Filiale der Bohemia-Bank in Paris auch weiter Korrespondent des Bankamtes. Seit Dezember des Vorjahres hat die Regierung in allen Banken Revisionen vorgenommen, ohne daß die Öffentlichkeit von dem Resultat dieser Revisionen auch nur mit einem Wort unterrichtet wurde.

In Anbetracht dieser von der Presse des In- und Auslandes bestätigten, unwiderprochen gebliebenen Tatsachen erlauben sich die Unterzeichneten an die Gesamtregierung folgende Anfragen zu stellen:

1. Ist die Regierung gewillt, im Abgeordnetenhaus einen umfassenden Bericht darüber zu erstatten, wie sie ihr Aufsichtsbrecht über die Banken seit dem Bestande der tschechoslowakischen Republik ausgeübt hat?
2. Insbesondere darüber zu berichten, in welchem Umfange die Nostrifizierung der österreichischen Renten und anderer Vorkriegswerte den einzelnen Bankinstituten gestattet wurde?
3. Das Ergebnis der in den Banken in den letzten Monaten durchgeführten Revisionen vorzulegen?
4. Wie kann es die Regierung verantworten, Geldinstitute vor einer Bank zu warnen, ohne gleichzeitig die Bevölkerung zu warnen, ihr Geld einer solchen Bank anzuvertrauen?
5. Die Interessen der Bevölkerung insoweit zu schützen, als Klarheit darüber geschaffen wird, ob und welche andere Geldinstitute einer ähnlichen Entwertung entgegensehen, wie die Bohemia-Bank?
6. Welche Sicherheiten gedenkt die Regierung zu geben, daß die Interessenten der unschuldig um ihre Existenz gekommenen Angehörigen der Bohemia-Bank gewahrt werden?

Aus dem Parlament.

Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung wurde die Frühjahrssession des Abgeordnetenhauses eröffnet. Das Interesse war nicht auf die Tagesordnung der formalen Plenarsitzung konzentriert, sondern den Ereignissen im Bankleben gewidmet, deren Abklang durch eine Interpellation unserer Genossen und auch durch eine Anfrage der tschechischen unabhängigen Sozialdemokraten in das Haus getragen wurde. Nunmehr tritt in den Arbeiten des Hauses eine kurze Pause ein, die in der ersten Woche nach Ostern ihr Ende finde dürfte. Die nächste Sitzung soll am 12. April stattfinden. Die Situation im Hause ist durch die Abbröckelung der Koalition gekennzeichnet, die durch den Abgang der Rubensky-Gruppe, sowie durch den Mißerfolg der vom gewesenen Minister Mězura mit den slowakischen Volksparteikern geführten Verhandlungen neuerlich geschwächt ist.

108. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet um 2.20 Uhr nachmittags die erste Sitzung der Frühjahrssession des Abgeordnetenhauses.

Der erste Abschnitt der Tagesordnung und war das Gesetz über das Erlöschen alter Forderungen in der Slowakei und Karpathenland wird von der Tagesordnung abgeseht, weil zwischen den Interessenten in dieser Hinsicht noch Verhandlungen stattfinden.

Abgeordneter Dr. Derer referiert sodann über die Wirksamkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten beim staatlichen Bergwerksbesitz in der Slowakei. Der Regierungsvortrag zielt dahin, daß für die Verwaltung des gesamten Bergwerksbesitzes die Zugehörigkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten gesetzlich festgestellt werde.

Abg. Kučera (Kom.) gibt eine Erklärung ab, in der er gegen die Verschiebung der Vorlegung

des Mieterschutzgesetzes protestiert. Die Abstimmung über die Dringlichkeitsinterpellation der Abg. Blazek, Warmbrunn und Ritz betreffend die Herabsetzung der Steuerzulagen der Staatsbeamten wird wegen ungenügender Präsenz in die nächste Sitzung verlegt, was auf den Väthen der Antragsteller Lärm hervorruft.

Präsident Tomasek schließt die Sitzung und erinnert daran, daß am 31. März im Saale des Abgeordnetenhauses das tschechoslowakische Rote Kreuz durch die Verhängung des „Gottesfriedens“ seine Frühjahrsaktion beginnt. Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen. Schluß der Sitzung um 2.50 Uhr.

Staat und Zivnobank.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die tschechischen unabhängigen Sozialdemokraten folgende Interpellation eingebracht:

Der Umstand, daß zwischen der Person des Finanzministers und dem Verwaltungsrat der Zivnostenska banka seit dem Umsturz eine sehr strenge Verbindung bestanden hat und besteht, hat eine ganze Reihe von Bedenken ausgelöst, ob diese Ausnahmestellung der Zivnostenska banka nicht zur Schädigung des tschechoslowakischen Staates führt. Diese Bedenken betreffen: 1. die Nostrifizierung österreichischer Kronen in der Höhe von etwa 200 Millionen Kronen zugunsten der Zivnobank; 2. die Nostrifizierung österreichisch-ungarischer Renten in einer unbekanntem Höhe; 3. die Erteilung rechtzeitiger Informationen in Valuta- und anderen Geldangelegenheiten an die Bank; 4. die Einlagen staatlichen Charakters (Zufunds- und ähnliches); 5. die Verschleierung von Gewinnen und anderen finanziellen Vorteilen, einmal bei der Bilanz, das anderemal bei den Steuerbekanntnissen seitens der Zivno-Bank.

Mit Rücksicht darauf, daß die tschechoslowakische Defensivpolitik eine strenge Untersuchung fordert, zu der eine bloße Erklärung des Finanzministers nicht ausreicht, sondern vielmehr gerade im Interesse des Bestandes des Finanzministeriums eine unparteiische sachliche Revision erforderlich ist, fragen die Interpellanten die Regierung, ob sie bereit ist, sofort eine gründliche Revision der Finanz- und Bank- und Münzgesetzgebung bis zum heutigen Tage durchzuführen und der Kammer Bericht zu erstatten.

Das Mieterschutzgesetz.

Bekanntlich sollte das neue Mieterschutzgesetz, das wir in seinen Grundzügen bereits veröffentlicht haben, der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vorgelegt und von dieser den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag erschien nun Abg. Dr. Sulavský in der Sitzung des Volkskongresses der koalitierten Parteien und protestierte dagegen, daß das Gesetz bereits in der ersten Sitzung der Frühjahrsession vorgelegt werden soll. Die Koalition beugte sich auch diesem nationaldemokratischen Kommando und legte das Gesetz nicht in Druck.

In der Klubstimmung der nationaldemokratischen Abgeordneten erklärte Abg. Dr. Engliš, daß diese Vorlage auch vom staatlichen Gesichtspunkte behandelt werden müsse. Es gehe nicht nur um die Mieter und um die Hausbesitzer, sondern auch um den Staat, der einen so tiefen Verlust an Staatseinnahmen und die ungeheuren Subventionierungen für Neubauten nicht vertragen könne. Abg. Dr. Matoušek legte dem Klub eine Menge Änderungsanträge vor und machte darauf aufmerksam, daß der Forderung Dr. Engliš zu entsprechen werden könnte, daß wenigstens bei vermögenden Mietern eine bestimmte fixierte Erhöhung des Mietzinses zulässig wäre. Gleichzeitig müsse man fordern, daß die Zulässigkeit privater Wohnbauten über die Höhe des Mietzinses erweitert werde. Schließlich meinte Dr. Matoušek, daß die Mieterschutzfrage so geregelt werden müßte, daß weder die Angehörigen, noch die Gewerbetreibenden zu schwer belastet würden, aber daß auch das an den Hausbesitzer verübte schreiende Unrecht verhütet werde. Auch sollen in das Gesetz Bestimmungen über unvernünftige Hausbesitzer aufgenommen werden, die berechtigt sein sollen, die Zinse zu erhöhen. Der nationaldemokratische Klub betraute eine Kommission, die aus den Abg. Matoušek, Masek, Petrovický und Dr. Faček besteht, mit der Ausarbeitung der Änderungsanträge, die im Sinne der Ausführungen Dr. Matoušeks eingebracht werden sollen.

Wie wir hören, sind einzelne Koalitionsparteien bereit, der nationaldemokratischen Forderung soweit entgegenzukommen, daß in das neue Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werden soll, daß Mieter, die ein Jahreseinkommen von über 60.000 Kronen haben, einer progressiven Mietzinssteigerung von 5 bis 15 Prozent unterworfen werden. In allen Abgeordnetenklubs fanden sich Deputationen der Mieter ein, die gegen jede Verschlechterung des Gesetzes protest einlegten.

Der Regierungsantrag über die Aufhebung der Fideikomnisse.

Die Regierung überreichte dem Abgeordnetenhause einen, von uns bereits kurz verzeichneten, Antrag über die Aufhebung der Fideikomnisse. Nach diesem Antrag werden alle Fideikomnisse aufgehoben und die Errichtung neuer verboten. Die Regelung der hierdurch entstehenden Verhältnisse wird einer Einigung zwischen dem Inhaber, dem Antwärtler und dem Erbschaftskurator vorbehalten. In einer Einigung genügt die Zustimmung des Inhabers und der drei nächsten Antwärtler. Soweit es sich um beschlagnahmten Besitz handelt, ist auch die Zustimmung des staatlichen Bodenamtes notwendig. Die Einigung muß auch vom Fideikommissgericht genehmigt werden.

Die internationalen Elbestaate.

Der Ministerrat genehmigte die Elbschiffahrtsakte einschließlich der dazu gehörigen Abschlüsse, die am 22. Februar in Dresden zwischen der Tschechoslowakei, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland vereinbart wurden. Die Anregung zu diesem Vertrag gab der Versailleser Friedensvertrag, welcher bekanntlich die Elbe von Melslab und die Moldau von Prag ab als internationalen Fluß erklärte und ihre Verwaltung der internationalen Elbekommission übertrug. Diese setzte sich aus vier Vertretern Deutschlands, zwei Vertretern der Tschechoslowakei und einem Vertreter Englands, Belgiens, Frankreichs und Italiens zusammen. Diese Kommission hat auch die Aufgabe, einen Antrag auf Revision aller auf der Elbe und Moldau geltenden Verträge auszuarbeiten. Die Elbschiffahrtsakte enthalten sechs Kapitel. Das erste Kapitel stellt das internationale Elbe- und Moldauney fest, auf welches sich der Vertrag bezieht. Das zweite Kapitel regelt die Organisation und die Machtvollkommenheit der internationalen Elbekommission. Das dritte Kapitel behandelt die Frage der Gebühren und Steuern, die Zollmaßnahmen, Vorschriften über Schiffsdokumente und Schiffspolizei, Fragen der Landung, den Transitverkehr und schließlich die Gleichheit der Flaggen. Das vierte Kapitel behandelt finanzielle Fragen. Das fünfte Kapitel ist der Frage der für Streitfälle zuständigen Gerichte gewidmet, und das sechste Kapitel behandelt die Gültigkeit des Vertrags im Kriegsfalle. Die Regierung beantragt dem Hause die Annahme der Elbestaate.

Das Investitionsprogramm.

Bekanntlich ist in den letzten Tagen die Nachricht durch die Presse gegangen, daß das Investitionsprogramm aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht durchgeführt werden dürfte. Wie uns vom Minister für öffentliche Arbeiten Erba mitgeteilt wird, beruhen diese Nachrichten nicht auf Wahrheit. Der Minister für öffentliche Arbeiten ist entschlossen, das Investitionsprogramm in seiner Gänze durchzuführen. Ein Drittel des in seiner letzten Rede entwickelten Programmes sei bereits in Arbeit, ein weiteres Drittel der Arbeiten sei vergeben und auch das letzte Drittel des Programmes werde unbedingt durchgeführt werden.

Klub der sozialistischen Vereinigung.

Die Abg. Brbenšky und Dr. Charvat haben dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mitgeteilt, daß sie den Klub der sozialistischen Vereinigung gebildet haben. In diesen Klub sind die tschechisch-unabhängigen Sozialdemokraten Brodecky, Charvat, Dr. Klein, sowie die tschechisch-unabhängigen Sozialisten Dr. Brbenšky, Dr. Bartošek, Draxl, Landastich eingetreten. Zum Vorsitzenden des neuen Klubs wurde Abg. Dr. Brbenšky, zum Geschäftsführer Abg. Charvat gewählt.

Am Freitag wird über die durch die Einigung der Abgeordneten entstandenen Situation die Exekutive der tschechischen unabhängigen Sozialisten, am Samstag die Exekutive der tschechischen unabhängigen Sozialdemokraten beraten und es dürften die Verhandlungen über eine organisatorische Vereinigung der beiden Gruppen zu einer tschechischen unabhängigen Partei in Pilsde aufgenommen werden. Es scheint ohne Zweifel zu sein, daß es zu einer Organisationsgemeinschaft beider Gruppen kommen wird, was im Interesse der Konsolidierung der Verhältnisse im tschechischen Sozialismus nur zu begrüßen ist. Man rechnet auch damit, daß sich noch drei weitere Abgeordnete aus dem tschechisch-sozialistischen Lager der neuen Partei anschließen werden.

Der Rechnungsbericht für 1918 und 1919 im Senat.

Heute trat auch der Senat zur ersten Sitzung der Frühjahrsession zusammen. Im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stand der Bericht über den Rechnungsabluß für die Jahre 1918 und 1919 durch das Oberste Rechnungskontrollamt, zu welchem Berichte auch Genosse Dr. Heller das Wort ergriff. Die Deutschbürgerlichen hatten es nicht für notwendig befunden, sich besonders zahlreich an der Sitzung zu beteiligen. Sie haben jedenfalls an den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Staates so viel Interesse wie der Finanzminister, der nämlich durch Abwesenheit glänzte.

157. Sitzung. Präsident Praschek eröffnete um 16 Uhr 5 Min. die Sitzung. Nach der zweiten Lesung des Dekreten- und Telegraphengesetzes verliest Sen. Dr. Faček über den Rechnungsabluß für die Jahre 1918 und 1919. Nach dem Referate ergriff

Senator Genosse Dr. Heller

das Wort, der zuerst konstatierte, daß der Finanzminister durch seine Abwesenheit jedenfalls dokumentieren wollte, daß er dem Rechnungsbericht, für den er ja verantwortlich ist, keine allzu große Bedeutung beimessen will. Und doch gibt uns der Rechnungsbericht erst ein klares Bild darüber, was der Staat in den letzten Jahren ausgegeben hat. Wenn man von den ersten Jahren nach dem Kriege im Hinblick auf die damaligen Verhältnisse abzieht, so muß man dafür die Bewirtschaftung des Staates in den letzten Jahren einer umso schärferen Kritik unterziehen. Besonders muß man in Erwägung ziehen, was die Arbeiten der Bevölkerung des Staates zu den Einnahmen beigetragen hat und was für sie verwendet wurde. Die Rechnungsablässe zeigen, daß sich die verschiedenen Regierungen nicht an das Budget gehalten haben. Aus dem Jahre 1918 wäre Aufklärung zu geben über den Ausgabeposten von 103 Millionen, für die nach dem Berichte der Rechtsgrund in die Zeit vor dem 28. Oktober 1918 fällt. Daß das Defizit des Jahres 1919 um zwei Milliarden geringer ausgefallen ist, als im Vorschlag vorgesehen wurde, kam durch Ersparnisse in den Ausgabeposten, besonders aber durch Erhöhung von Steuern (837 Millionen) und der Eisenbahntarife (135 Millionen) zustande.

Die Ausgaben für die einzelnen Zwecke der öffentlichen Verwaltung zeigen, daß für kulturelle und soziale Zwecke 495 Millionen ausgegeben wurden, während das Ministerium für nationale Verteidigung allein 1400 Millionen verbrachte hat.

An den Staatschulden wurden Ersparnisse in der Höhe von drei Millionen Kronen erzielt durch Nichtbezahlung der Zinsen aus der Dollarleihe. Es wäre dringend notwendig, Aufklärung über den derzeitigen Stand dieser Anleihe zu geben, ob die Zinsen nachträglich bezahlt wurden, bzw. ob ein Teil des Kapitals bereits abgezahlt ist. Es wäre auch interessant, etwas darüber zu erfahren, ob es wahr sei, daß die Staatsgewerkschaften ein ungeheures Defizit

Die ungarischen Rechtsradikalen planen einen Umsturz.

Vor der Verhängung des Belagerungszustandes.

Wien, 23. März. (Eigenbericht.) Heute hat in Budapest die Regierungspartei vormittags im Parlament eine Konferenz abgehalten, in welcher der Ministerpräsident auf Anfragen wegen der in Budapest zirkulierenden Gerüchte über einen Rechtsputsch zu Osterreich erklärte, daß die Gefahr eines Putschs nicht drohe und daß die Regierung über die nötigen Nachmittels und Vollmachten verfüge, um jede Störung der Ordnung zu verhindern.

Zur selben Zeit hielt die Partei der „Erwachenden“ eine Konferenz ab, an welcher hohe Regierungsparteiler teilnahmen. In dieser Sitzung wurde die Anschauung vertreten, daß der geeignete Moment zu einer energischen Aktion bereits da sei. Während der Sitzung wurde der Abgeordnete Gömbös zum Reichsverweser berufen und fuhr sofort nach Gödöllő, wo er mehrere Stunden mit dem Reichsverweser sprach. Nachher wurde Kobai empfangen, was deshalb von Wichtigkeit ist, weil diesem bei dem bevorstehenden Belagerungszustand eine große Rolle zugedacht sein soll, insoweit erhalten sich die Gerüchte weiter, daß ein Rechtsputsch vorbereitet werde.

Keine Vereinigung der englischen Liberalen.

London, 22. März. (Sch. B.) Die Verhandlungen zwischen den Nationalliberalen und den unabhängigen Liberalen wegen der Wiedervereinigung der beiden Gruppen sind gescheitert. Auf einer gestern abends unter dem Vorsitz Asquiths abgehaltenen Sitzung der unabhängigen Liberalen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Vorbereitungen für eine formelle Wiedervereinigung der Liberalen und die

aufweist, sowie über die Wirtschaft bei der Spirituszentrale. Der Rechnungsabluß enthält ferner eine Post von 27 Millionen für bezahlte Kriegsschulden und Kriegsschulden. Die Aufstellungen, die dazu erteilt wurden, sind nicht befriedigend, weil doch jeder weiß, daß bis heute niemand irgendwelche Zinsen von den Kriegsschulden erhalten hat.

Dem wurden also diese 27 Millionen Kronen ausgezahlt?

An Zivilpensionen wurden laut Rechnungsabluß 9,5 Millionen erspart. Das Eisenbahnministerium weist an Ersparnissen für Gehälter, Löhne und Pensionen 53 Millionen aus. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten 106 Millionen.

Man kann ruhig sagen, daß alle diese Ersparnisse auf Kosten der Bevölkerung gehen.

Wünschenswert wäre eine Aufklärung über das Kapitel „offizielle Zeitungen der Republik“. Das Defizit beträgt rund 1400 Millionen Kronen und es ist sonderbar, daß wohl bei den Einnahmen die Gesetzesammlung und die offiziellen Zeitungen gesondert angeführt sind, daß dagegen bei den Ausgaben eine gesonderte Anführung fehlt. Nachdem aufgrund des Berichtes die Gesetzesammlung aktiv ist, entfällt das gesamte Defizit auf die offiziellen Zeitungen. Sonderbar berührt auch der Umstand, daß im Schulbudget 32 Millionen als Ersparnis ausgewiesen werden, hingegen bei den Ausgaben für den Kultus eine Ueberschreitung von 2,3 Millionen.

Die Ersparnisse im Schulbudget gehen unstrittig auf Kosten des deutschen Schutzwesens.

Im Vorschlag für das Jahr 1919 waren für Sozialversicherung 4 Millionen K. ausgesetzt, gebraucht wurden tatsächlich bloß 7000 Kronen (!) Es wurden also nahezu die ganzen 4 Millionen erspart. Daraus geht hervor, daß die Versicherungen der Regierungen, daß die Sozialversicherung in nächster Zeit Gesetz werden wird, nicht nur nicht erfüllt wurden, infolge Unvernünftigkeit der Regierung, sondern in dem Bewußtsein, die Sozialversicherung nicht durchzuführen. Es wurden nicht einmal die Vorbereitungen hiezu vorgenommen und wir glauben nicht, daß auch heuer noch die Sozialversicherung Gesetz werden wird.

Die Einnahmen zeigen, daß auf die Bevölkerung Steuern von 1323,4 Millionen überwälzt wurden, während die nicht überwälzten Steuern 428,9 Millionen Kronen betragen. So zeigt sich, daß die finanzielle Gesundheit des Staates ausschließlich auf Kosten der armen Bevölkerung erfolgt ist.

Für einen Rechnungsbericht, welcher beweist, daß die sogenannte finanzielle Gesundheit des Staates ausschließlich auf Kosten der armen Bevölkerung geht, können und werden wir nicht stimmen. Die Folgen dieser Finanzpolitik zeigen sich ja heute, sie zeigen sich in zwei Vorfällen, die wir in der letzten Zeit miterlebten, in dem

Krach der Banken,

die damals von der Regierung ausgefüttert wurden und die heute nach Eintritt normaler wirtschaftlicher Verhältnisse zusammenbrechen. Sie zeigen sich in der schweren Wirtschaftskrise, die heute das

Budapest, 23. März. (U.S.B.) Unter dem Eindruck der Mitteilungen, die der Ministerpräsident den bei ihm erschienenen oppositionellen Abgeordneten gemacht hat, haben diese davon Abstand genommen, die aktuellen politischen Fragen in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zur Sprache zu bringen. Während der Mittagspause der Nationalversammlung berief der Ministerpräsident auch die Einheitsfront zu einer Konferenz ein, um sie über die Lage zu informieren. Er erklärte, wie die Abendblätter melden, unter lebhaftem Beifall der überwiegenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer, er werde jede darauf abzielende Aktion energisch bekämpfen. Er wüßte aber, in dieser Hinsicht dennoch nicht nur Mittel der Gewalt, sondern auch Mittel der Ueberredung anzuwenden.

Der Finanzminister Kallay gab Aufklärungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes. Bezüglich des Preissturzes der Krone bezeichnete er als einzig durchzuführendes Mittel die Aufnahme einer ausländischen Anleihe. Betreffend die Kollateralfrage erklärte er, daß die Kollateralgeber in Evidenz gehalten und ausgiebig besteuert werden sollen.

Einrichtung eines entsprechenden Apparates ist die Zusammenarbeit im Parlament und in den Wahlkreisen. Asquith wiederholte seinen Wunsch nach Vereinigung der beiden Gruppen der liberalen Parteien durch Zusammenarbeit während der Sitzungen und in den Wandlungen, erklärte sich aber nachdrücklich gegen die Vorschläge, einen beratenden Ausschuss einzusetzen, in dem außer ihm selbst Lloyd George sitzen sollte. Die Auffassung Lloyd Georges war gewesen, daß eine Zusammenarbeit ohne wirksame vorherige Beratung nicht möglich sein.

ganze Land erschüttert, und die nicht vorbei ist, die auch nicht gemildert ist, trotzdem Ihre „Prager Presse“ jeden Tag vom „Ende der Krise“ schreibt. Wir draußen sehen es, wie arbeitslose Arbeiter, sechs, sieben, acht und neun Monate herumgehen, wie sie wochenlang nicht einen Heller Arbeitslosenunterstützung mehr bekommen. Wir sehen es draußen, in welcher Not und welchem Elend diese Leute sind, wie Sie durch eine Politik der Ersparnisse an den notwendigsten Erfordernissen, an der Arbeitslosenunterstützung, Verbrechen züchten, wie die Regierung Verbrecher großzüchtet, weil sie keine Arbeit finden.

Sie verlassen ihnen noch das Letzte zum Leben, die large Arbeitslosenunterstützung.

Eine solche Rechnung, aus der wir sehen, daß hier eine Finanzwirtschaft gemacht wird, ausschließlich im Interesse der Banken und vor allem jener Bank, welche seit Beginn dieses Staates, den Finanzminister stellt, gegen eine solche Wirtschaft erheben wir aus materiellen Gründen und aus Gründen der Verteidigung der Interessen der arbeitenden Schichten dieses Landes den schärfsten Protest! (Stürmischer Beifall.)

Wir bitten das Haus, eine Resolution anzunehmen, daß der Rechnungsabluß für 1920 unverzüglich und der Abluß für 1921 bis zum 30. Juni d. J. vorgelegt wird. Des weiteren möge sich das oberste Rechnungskontrollamt rechtfertigen, warum die Ablässe zu spät vorgelegt wurden, und welche Reuter ihre Jahresrechnungen nicht rechtzeitig vorgelegt haben. Wir verlangen nur, was Sie selbst im Gesetze ausgesprochen haben. Wenn sich der Berichterstatter gegen die Resolution ausspricht, so lehnt er sich gegen das Gesetz. (Beifall.)

Nach der Rede des Obersten Rechnungskontrollamtes Dr. Körner, daß es nicht möglich sei, die Rechnungsablässe für 1920 und 1921 in der gesetzlich festgelegten Zeit vorzulegen. Der Referent schließt sich in seinem Schlussworte den Ausführungen Dr. Körners an. Beide vermochten somit nicht, die Einwände des Genossen Dr. Heller zu entkräften.

Hierauf wird der Rechnungsabluß mit den Stimmen der Koalitionsparteien zur Kenntnis genommen und die Resolution unserer Genossen abgelehnt. (Protestrufe unserer Genossen.)

Schluß der Sitzung um 17 Uhr 45 Minuten. Die nächste Sitzung wird schriftlich oder telegraphisch einberufen werden.

Klubobmännerkonferenz des Senats.

Nach Erledigung der Tagesordnung teilte der Präsident mit, daß die nächste Sitzung ungefähr am 19. oder 20. April stattfinden wird. Genosse Dr. Heller verlangte die Einberufung einer Sitzung auf einen früheren Termin für den Fall, daß die Verhältnisse unter den Banken seine Partei veranlassen würden, eine dringliche Interpellation zu überreichen. Der Präsident versprach, diesem Verlangen nach Möglichkeit nachzukommen. Weiter fragte Genosse Dr. Heller, ob die Vorlage über die Sozialversicherung in kürzester Zeit dem Parlamente unterbreitet werden würde. Der Präsident erklärte, keine sicheren Nachrichten zu haben. Er glaubt jedoch, daß die Regierung die Absicht hat, die Vorlage noch in der Frühjahrsession dem Parlamente vorzulegen.

Inland.

Schon wieder konfiziert. Wieder einmal ist der „Sozialdemokrat“ dem Prager Staatsanwalt zum Opfer gefallen. Der Anlaß dazu war ein Artikel über den „Hochverratsprozeß“, der am Mittwoch vor dem Kaiserlichen Gericht abgeführt wurde. Der Staatsanwalt hat in dem Artikel nichts stehen gelassen als die Tatsache der Verurteilung und einige unwesentliche Stellen. Alles jedoch, was auf das Urteil Bezug hatte und auf das System, das einem solchen Urteil zugrunde liegt, wurde von dem fleißigen Staatsanwalt bis auf den letzten Rest ausgelöscht. Aus den paar einleitenden Worten, die unkonfiziert geblieben sind und nichts anderes waren, als eine trockene Darstellung des Falles, werden sich wohl unsere Leser ihr Urteil selbst gebildet haben. Wenn schon jetzt in so rückwärtsloser Weise konfiziert wird, dann kann man sich vorstellen, wie die Freiheit der Presse ausschauen wird, wenn das Schutzgesetz in Kraft getreten sein wird. Der Staatsanwalt scheint sich schon durch die bloße Beschlußfassung über das Schutzgesetz in den beiden Häusern des Parlaments ermuntert gesehen zu haben, einen in maßvollen Grenzen gehaltenen Artikel zu beschlagnahmen. Unsere Genossen haben nicht verabsäumt, im Senat den Justizminister wegen der Konfisation des Artikels zu interpellieren und den Versuch zu machen, den Inhalt des beschlagnahmten Artikels doch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es wird sich ja zeigen, ob der Justizminister den fleißigen Prager Staatsanwalt auch in diesem Falle deden wird.

Eine Generalniederlage der Deutschnationalen. So abgeblüht ist wohl noch selten in den deutschen Sudesteengebieten eine Aktion wie der mit solcher Vehemenz eingeleitete Feldzug, den die Deutsche Nationalpartei in den letzten Wochen unternahm. Sämtliche Abgeordnete und Sekretäre der Partei wurden abisoliert, um die liebe Wählerchaft bei der Stange zu erhalten — und mit jämmerlichen Niederlagen sind sie von allen Seiten wieder heimgekehrt. Wie es ihnen in Schlefien erging, darüber haben wir ja schon mehrmals berichtet: der Schöllich selber verspricht, sich mit dem Verluste einer oder auch zweier Mandate abzufinden. In Westböhmen und im Saazer Gebiet haben ihnen die Bündler eine Abfuhr erteilt werden lassen, die nichts zu wünschen übrig läßt; und die deutschnationalen Versammlungen in Ostböhmen wurden zu einem Fest für den Bund der Landwirte, der sich nun in seiner dortigen Presse über die „Heilschreier“ lustig macht. Die ostböhmerische agrarische „Scholle“ schreibt, daß die deutschnationalen Partei ihre Rolle ausgespielt hat und ihr selbst die treuesten Anhänger den Rücken kehren.“ Also bei den Bauern hat die Nationalpartei ihr Spiel verloren, noch ehe sie es recht begonnen. Am stärksten wurde das in Westböhmen, wo sie für den vorletzten Sonntag auch einige Versammlungen angekündigt hatte. Ein Teil davon wurde aus Angst vor der Blamage abgesagt, der Rest verlief nach den Meldungen der bündlerischen Zeitungen „vollkommen wirkungslos“. Was wir glauben können, da sich die deutschnationalen Presse darüber einfach ausschweigt. Das flache Land zu erobern, werden demnach die Deutschnationalen für immer aufgeben; dort vollzieht sich immer deutlicher die reine Klassenscheidung zwischen der besitzenden und der proletarischen Bevölkerung. In den Städten aber schlägt der zum Glück kleine Haufen von Sakentanzjanatisten immer mehr zu den Gelben, die sich auf die Desperadopolitik und Programmatik besser verstehen als die Anhänger Ledgmanns. Bleiben also die Wirtköpfe, die zum Heilschreien kein Programm bedürfen. Und für die ist die Deutsche Nationalpartei wie geschaffen.

Der anmaßliche Herr Lodgman. Herr Lodgman hat während der verunglückten Kampagne der Deutschnationalen im Egerland unter anderem auch in Karlsbad eine Versammlung abgehalten. Dort entlossen dem Wunde Lodgmanns, des bedeutenden Führers, folgende Worte:

„Und deshalb halte ich die Fahne des Selbstbestimmungsrechtes hoch. Ich weiß nicht, wer mit diesem Wege folgen kann und will, ich weiß aber, daß diese Fahne sinkt, wenn ich sie heute fallen lasse und deshalb darf ich dies nicht tun, wenn ich mir meiner Verantwortung bewußt bleiben will.“

Daraus geht erstens hervor, daß sich Lodgman einbildet, oder den anderen einzureden versucht, daß er allein an dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes festhält und ihn für verloren erklärt, wenn seine Hand sinkt. Zweitens aber zeigt diese Bemerkung Lodgmanns, daß er sich für den Führer des gesamten deutschen Volkes hält, der, seiner geschichtlichen Mission und Verantwortlichkeit bewußt, als einziger und erster Führer niemals wanken und weichen darf. Demgegenüber müssen wir aber dem doch feststellen, daß Herr Lodgman gar nicht zu dieser Selbstbeweihräucherung berechtigt, daß diese vielmehr der Ausfluß einer — mit Verlaub zu sagen — unhygienischen Ueberhebung und Annäherung ist, die wir höchstens als eines der letzten Mittel des entpörfizierten Führers der schwerbedrängten deutschen Nationalpartei begreifen können. Lodgman mag mit der Fahne des Selbstbestimmungsrechtes machen, was er will — der größte Teil des deutschen Volkes wird ihm bestimmt nicht folgen, obwohl gerade diese den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes niemals aufgeben

Die Verhandlungsmöglichkeiten in der Ruhrfrage.

London, 23. März. „Daily News“ bemerkt, daß Deutschland, soweit bekannt, seinen der offiziellen Kreise Großbritanniens ein Angebot gemacht hat. Sie halten dafür, daß es für den deutschen Kredit günstiger wäre, wenn Deutschland dies schon getan hätte. Die deutsche Regierung befürchte jedoch, daß so ein Angebot als ein Zeichen der Schwäche angesehen werden würde. — Die „Times“ finden nicht viel Wesentliches in den verbreiteten Gerüchten über eine friedliche Lösung der Ruhrfrage. Die französische Regierung ist, soweit man erkennen kann, entschlossen, es was es wolle, ihre Strafpolitik beizubehalten. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind demgegenüber einstimmig entschlossen, in ihrem Widerstande auszuhalten. Die deutsche Bevölkerung greift jede Erwähnung über irgend eine britische oder amerikanische Intervention auf. Von französischer Seite wird neuerlich erklärt, daß Deutschland sich endlich ergeben müsse. Die „Times“ sind der Ansicht, daß ein Antrag

von beiden Seiten ausgehe. Ein bedeutender Fortschritt würde es schon sein, wenn Deutschland erklären würde, daß es zahlungsfähig sei und wenn Frankreich gleichzeitig mitteilen würde, daß es zur Annahme geneigt sei. Die Garantie der Sicherheit Frankreichs ist eine notwendige Bedingung des europäischen Friedens. Um diese Garantie zu einem wirksamen und tatsächlichen Werkzeug des Friedens zu machen, darf sie nicht von England oder von Deutschland allein, sondern von jemandem, der den gemeinsamen Entschluß Europas repräsentiert, gegeben werden. Einem solchen Verband am nächsten ist der Völkerbund. Er ist allerdings in der gegenwärtigen Form unvollkommen und eine Garantie für irgend eine Sicherheit würde seine unentwidelten Kräfte überschreiten. Um die französische Sicherheit und den europäischen Frieden zu garantieren, wäre es nötig, den Völkerbund auszuweiden und zu stärken und ihn schließlich in ein starkes internationales Organ umzubilden.

Cuno im Schlepptau der Rechtsparteien.

Berlin, 23. März. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler Cuno hat in seiner gestrigen Mündigen Rede einige Wendungen gebraucht, die den lebhaften Beifall der Rechtspresse fanden, während sie in sozialistischen Kreisen Anstoß erregten. Er äußerte nämlich, jede Diskussion über die Reparationsfrage müsse von der bedingungslosen Räumung des Ruhrgebietes ausgehen. Die Rechtspresse legt diese Worte so aus, als ob die Verhandlungen erst beginnen könnten, wenn das Ruhrgebiet geräumt sei. Das steht in Wider-

spruch mit der Auffassung der Sozialdemokraten, daß jede sich bietende Verhandlungsmöglichkeit ergriffen werden müsse. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion richtete daher an den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des Reichstags, den Abgeordneten Stresemann, das Ersuchen, den Ausschuß sobald als möglich einzuberufen. Er dürfte auch noch Samstag zusammentreten.

Heute traf der Reichskanzler in Stuttgart ein, wo er eine Besprechung mit der württembergischen Staatsregierung hatte.

Die Aktion der Entente-Sozialisten.

London, 23. März. Ramsay MacDonald gab in der Vereinigung der ausländischen Pressevertreter längere Erklärungen über die von ihm ausgehende Initiative zu einer interparlamentarischen Aussprache über die durch das französisch-belgische Vorgehen im Ruhrgebiet entstandenen Schwierigkeiten. Er vertrat dabei den Standpunkt, daß Frankreich und England Freunde bleiben müssen, aber andererseits die schwebenden Probleme nicht durch Gewalt oder eine Allianz, sondern ausschließlich durch die moralischen Ueberzeugungen der Nationen gelöst werden können. Er kündigte für die kommende Woche eine neue Konferenz der sozialistischen Parlamentarier Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens an, bei der man nach der Rücksprache mit den Vertretern der vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands über vollständige Mitteilungen verfügen werde, und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß diese zweite Zusammenkunft zu einem Erlöse führen werde.

Interpellationen der holländischen Sozialisten.

Haag, 22. März. (Wolff.) In der zweiten Kammer stand heute die sozialdemokratische Ruhrinterpellation auf der Tagesordnung. Der Sprecher der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Brantingam sagte, er wolle nicht die rechtliche Grundlage der Ruhrbesetzung erörtern, ihre Folgen seien aber sehr ernst für Holland, dessen Wohlfahrt zum größten Teile von der Freiheit des Handels und der Industrie abhängig sei. Zehntausende von Holländern seien für ihre Existenz auf Arbeit im Ruhrgebiete oder für das Ruhrgebiet angewiesen. Der Handel leide unter der Unsicherheit der Lage. Der Interpellant fragte u. a., ob der Minister bereit sei, sich mit den Regierungen anderer Staaten in Verbindung zu setzen, deren Interessen mit denen Hollands übereinstimmen, um bei der französischen und der belgischen Regierung gemeinsam aufzutreten, damit die Bestimmungen der Rheinabfahrt-akte loyal durchgeführt werden.

Minister des Innern van Karnebel antwortete, man dürfe nicht übersehen, daß der Rückschlag, der sich in Holland bemerkbar mache, nicht nur auf das im Ruhrgebiete einge-

führte Regime, sondern auf die Tatsache der Besetzung selbst zurückzuführen sei. Die niederländische Regierung hat sich an die in Frage kommenden Regierungen gewandt und eine günstige Antwort erhalten. Zunächst hätten die besetzenden Mächte eine Liste von Gütern aufgestellt, die frei eingeführt werden könnten, dann sei die Regelung über die am 1. Jänner unterwegs befindlichen Güter gekommen. Für neue Kontrakte seien die Aussichten nicht günstig. Holland sei selbst für die Aufrechterhaltung der Rheinabfahrt-akte eingetreten, habe sich aber nicht zum Dolmetsch der Klagen anderer gemacht. Er sei vorläufig nicht in der Lage, den Gedanken eines gemeinsamen Auftretens zu erwägen.

Militärische Barbareien gegen Kinder

Die Franzosen lassen ihre namenlose Brut selbst an dem armen und schwächlichen der Ruhrkinder aus, die nach Dänemark abtransportiert werden sollen. Da die dänischen Arbeiter weder dadurch noch durch die fast täglich von dem Vertreter Frankreichs in Kopenhagen vorgebrachten Beschwerden über die Lieblosigkeit der dänischen Arbeiter von ihrem Mißwert abgehen, greift Frankreich zu anderen Mitteln. Die dänische Industrie leidet heute in hohem Maße unter der Ruhrbesetzung, da die notwendigen Rohstoffe nicht aus dem Ruhrgebiet herauskommen. Vor einigen Tagen begab sich eine Abordnung der dänischen Industriellen nach dem Ruhrgebiet, um die Möglichkeiten einer Einfuhr deutscher Rohstoffe aus dem Ruhrgebiet nach Dänemark zu prüfen. Die Franzosen erwiderten den Industriellen fast lächelnd, daß, solange dänische Arbeiter Gelder für die Ruhrarbeiter aufbringen, solange insbesondere dänische Arbeiter hungernden Ruhrkinder einen Platz an ihrem Tisch gewähren, an eine Ausfuhr deutscher Rohstoffe aus dem Ruhrgebiet nach Dänemark nicht gedacht werden kann. Weil sich also die dänischen Arbeiter das hohe Ziel gesetzt haben, tausende deutscher Kinder vor dem Hungertode zu retten, darum sollen sie selbst zur höheren Ehre der großen „Kulturnation“ dem Hunger überliefert werden. Aber diese Drohung schreit die dänischen Genossen nicht. Durch den Leiter der dänischen Hilfsaktion, Genossen J. P. Rielsen, haben sie im Kopenhagener Brudersblatt erklären lassen, daß sie keinen Dritten um Erlaubnis fra-

werden: es sind dies die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter. Herr Lodgman möge künftighin vorsichtig sein und sich nicht mit dem Dunst umgeben, als ob er im Namen des ganzen deutschen Volkes Red und Märscher der Selbstbestimmung sei. Denn in diesem Falle ist vom Erhabenen zum Lächerlichen wirklich nur ein winziger Schritt.

Angriffe gegen das tschechoslowakische Preßbüro im Wiener Parlament. Anlässlich der Budgetberatung im österreichischen Nationalrat kam Genosse Anteritz auch auf die amtliche Nachrichtenstelle zu sprechen. Er kritisierte insbesondere, daß die österreichische amtliche Nachrichtenstelle die Nachrichten der anderen internationalen Büros kritisch übernehme. Es gelangen so Meldungen in die Wiener Zeitungen, die im Sinne der auswärtigen Regierungen geschrieben, zum Teil falsch, vor allem aber deutschfeindlich sind. Das gelte für das tschechoslowakische Preßbüro, dessen Nachrichten ausgesprochen deutschfeindlich sind und ebenso für das polnische Preßbüro und die Agence Havas.

Die gewaltsame Einschulung deutscher Kinder in tschechische Minderheitsschulen, die besonders in Mähren unausgesetzt geübt wird, hat auch in der letzten Zeit wieder dazu geführt, daß in zahlreichen Orten die deutschen Eltern, die sich weigerten, ihre Kinder in die tschechische Minderheitsschulen zu schicken, zwangsweise, eventuell unter Gen darmereikasstrafe der politischen Behörde vorgeführt und zu empfindlichen Geld- oder Arreststrafen verurteilt werden. Obgleich in einer ganzen Reihe von Fällen die betreffenden Eltern die Beschwerde beim Obersten Verwaltungsgerichtshofe eingebracht haben, wird die Strafe in Vollzug gesetzt, noch ehe das Oberste Gericht Gelegenheit hatte, die Entscheidung zu fällen. Diese unerhörten Vorgänge waren der Anlaß zu einer Intervention des Abgeordneten Genossen Hillebrand beim Unterrichtsminister Bechyně. Genosse Hillebrand forderte insbesondere, daß der Vollzug der verhängten Strafen so lange unterbleibe, bis eine prinzipielle Entschlieung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes vorliegt. Der Unterrichtsminister Bechyně versprach die Prüfung des vorgelegten Materials.

gen werden, wie sie ihr Geld verwenden. Die dänischen Arbeiter haben früher die Belgier, Russen, Franzosen und Polen unterstützt, und sie werden auch in aller Zukunft dort helfen, wo Arbeiter leiden, ohne danach zu fragen, wer das Elend und den Hungertod unschuldiger Säuglinge verschuldet hat.

Billige Richter.

Paris, 22. März. (Tsch. P.) Der Kassationsgerichtshof beschäftigte sich heute nachmittags mit der Berufung der vom Kriegsgerichte in Mainz verurteilten sieben Bergwerksdirektoren, Friß Thissen und Gen. Nach zweistündiger Beratung wurde die Kassation verworfen. Der Gerichtshof erklärte, daß das Kriegsgericht zuständig sei und daß die Requisition der Kohlezur Verteidigung der französischen Interessen als berechtigt angesehen werden müßte. Die Frage, ob das Vorgehen als eine Verletzung des Friedensvertrages von Versailles angesehen werden müßte, hat der Kassationsgerichtshof nicht beantwortet und erklärte sich für diese Auslegung nicht für zuständig. Im Prozeß wurden die deutschen Bergwerksdirektoren vom Pariser Advokaten Max Monrad vertreten.

Das Attentat auf Smeets.

Der Täter verhaftet.

Köln, 23. März. (Wolff.) Karl Deutmann, der den Anschlag auf Smeets ausgeführt hat, ist heute Mittag von der Kölner Polizei in Köln festgenommen worden. Er leugnet vorläufig noch. Die bei der Tat anwesenden Zeugen haben ihn aber bestimmt als Täter wieder erkannt, sodas er als überführt gelten kann.

Beendigung des Streiks in Oberschlesien.

Berlin, 23. März. (Eigenbericht.) Gestern fanden in Oberschlesien Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes der Bergarbeiter mit den Unternehmern statt. Es wurde ein Einverständnis darüber erzielt, daß Maßregeln wegen des Streiks unterbleiben und die entlassenen Betriebsratsmitglieder in anderen Berken untergebracht werden sollen.

Ausperrung der englischen Interarbeiter.

London, 22. März. (Tsch. P.) Reuter meldet aus Dundee: Infolge eines Streikes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Zuteilindustrie ist heute die Aussperrung verlängert worden, von der 30.000 Arbeiter betroffen werden.

Oesterreich und sein Generalkommissar.

Wien, 23. März. (Eigenbericht.) Im außerordentlichen Kabinettsrat hat heute Genosse Doktor Bauer seine gestrige Rede fortgesetzt. Er erklärte ausdrücklich, daß er keine Obstruktionsrede halte, sondern nur die sachlichen Gründe vorbringen müsse, die gegen die vom Generalkommissar Zimmermann gewünschte Befestigung des selbständigen Heresministeriums sprechen. Dr. Zimmermann wird gegenwärtig von den verschiedensten Personen überlaufen. Es sind bald Hausbesitzervorstände, bald monarchistische Organisationen, bald die Großindustriellen, die den Vertreter des Auslandes auffordern, sich in die inneren Angelegenheiten der Republik einzumischen. So bekommt der Generalkommissar ein ganz falsches Bild von Oesterreich, da er nur mit ehrlösen Leuten zu sprechen Gelegenheit hat. Dr. Bauer kündigt an, daß er in der nächsten Sitzung des Nationalrates einen Gesetzentwurf einbringen werde, wonach derjenige, der den Generalkommissar oder sonst irgend ein Mitglied einer auswärtigen Gesandtschaft zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs auffordert, oder ihm Mitteilungen zu diesem Zwecke macht, des Verbrechens des Landesverrats angeklagt und mit schwerem Kerker bis zu zwanzig und dreißig Jahren gestraft wird. Dieser Antrag bezweckt auch, dem Generalkommissar anschaulich zu machen, daß es neben ehrlösen Leuten auch solche Leute gibt, die noch Sinn für republikanische Freiheit und nationale Selbständigkeit haben und die jeden für einen Lummel halten, der gegen das eigene Land ausländische Kontrolle anruft.

Gegen die Angliederung der Ukraine an Polen.

Die „Ukrainische sozialistische Studentenschaft“ bittet uns um Abdruck der folgenden Erklärung: „Die Ukrainische sozialistische Studentenschaft, derzeit in Emigration in der Tschechoslowakei, protestiert vor der ganzen arbeitenden Welt gegen die Entscheidung des Völkervertrages in Paris betreffend die Inkorporation Ostgaliziens an Polen ohne und gegen den Willen der Bevölkerung und erklärt: Redewede Entscheidungen irgendwelcher Völkerverträge und Konferenzen, die nur die Interessen der großen kapitalistischen Staaten verteidigen, können den revolutionären Geist des ukrainischen arbeitenden Volkes Ostgaliziens, für welches solche Entscheidungen keine Gültigkeit haben, nicht brechen. Der einzige zuständige Faktor, über das Schicksal dieses Landes zu entscheiden, ist das ukrainische arbeitende Volk selbst.“

Tages-Neuigkeiten.

Bohuzku sem, Bohuzku tam.

In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der „Cesta Banka“ griff der Aktionär Bielek den Dr. Baza aus dem Verwaltungsrat vor: drängt hat, den Bankpräsidenten Bohuzku aus dem Amt zu entfernen. Darauf erwiderte der Angegriffene, daß Bielek als Mitglied des Verwaltungsrates alles jeht Geringe billigt habe und ihm fortwährend um den Bart gestrichelt sei: „Bohuzku sem, Bohuzku tam“ (Bohuzku her, Bohuzku dort).

Im Verwaltungsrat der Cesta Banka muß es einst schön gewesen sein, denn stündlich klang um den Herrn Präses: „Brüderlein fein! Brüderlein fein!“

Gabs einmal eine saule Sache, Der Präses sagte niemals „nein“, Damit der andre nur verdiene — Brüderlein fein! Brüderlein fein!

Doch ward der Rebhahn immer schwächer, Betriebe gingen täglich ein, Es wandelte sich zum Krakeeler Brüderlein fein, Brüderlein fein.

Da sprach der Präses zu Herrn Bielek: „Es muß einmal geschieden sein!“ Und warf hinaus zur Bankverwaltung Brüderlein fein, Brüderlein fein.

Voll Jörn stellt vor der Vollversammlung Dem Präses Bielek nun ein Bein: Denn mit dem Dalles wächst die Reinheit — Brüderlein fein, Brüderlein fein!

Doch bis der nächste Schab verbindet, Was sich jetzt schlägt wie Stahl und Stein, Tönt wieder in der Cesta Banka: „Brüderlein fein! Brüderlein fein!“

Ein rührendes Beispiel von Menschenfreundlichkeit haben dieser Tage die Reichsberger Gastwirte abgelegt. Ihre Herren Vorstandsmitglieder beschwerten sich — nach dem Berichte der „Reichsberger Zeitung“ — in der Genossenschaftsversammlung

... über das immer mehr überhandnehmende Unwesen der Anbettelung der Gäste durch herumziehende Sänger, Artisten, Kriegsinvalide und andere mehr. Es wurde der Beschluß gefaßt, in Zukunft das Auftreten von Bettlern und das Abblättern der Gäste sowie das Feilbieten von Waren durch Kriegsinvalide und andere Hausierer in den Gast- und Kaffeehäusern nicht mehr zu dulden. Die Genossenschaftsmitglieder werden ersucht, diesen Beschluß einzuhalten, umso mehr, als sie sich bei weiterer Duldung dieses Zustandes der Gefahr der Bekämpfung aussetzen, da die in Betracht kommenden Sänger und Artisten keine Bewilligung der hiesigen politischen Behörde besitzen, um in öffentlichen Lokalen auftreten zu können. Der Genossenschaftsverband legt auch Wert darauf, zu erklären, daß sich dieser Beschluß keineswegs gegen die wirklich bedürftigen Kriegsinvaliden richtet, deren Unterstützung sich die Genossenschaft und ihre Mitglieder stets angelegen sein lassen werden. Der Beweis hierfür ist, daß die Genossenschaft dem Bunde der Kriegsverletzten als unterstützendes Mitglied mit einem Jahresbeitrage von 200 K angehört und daß die Genossenschaftsmitglieder auch in anderer Form ihre Bereitwilligkeit, den bedürftigen Kriegsinvaliden zu helfen, Ausdruck geben. Das Abblättern oder Abbeteln der Gäste in den verschiedenen Lokalen ist ein Unfug, der in Zukunft nicht mehr geduldet werden kann.

Man muß ein sehr gestitteter Mensch sein, um sich, wenn man das gelesen, nicht so einen vollgestreiften Gastwirt zwischen die Fäuste zu wünschen, der da seine Berufskollegen auffordert, Bettlern, Kriegsinvaliden „und anderen Hausierern“ nicht mehr zu geben. Während die feisten Herren bei Bier und Braten sich wohlgehen lassen, haben andere für sie ihre geraden Glieder eingebüßt, und während sie aus unerschämten Preisen Riesengewinne schöpfen und in die Sparkassen tragen, was der Bauch nicht fassen will, hungern Hunderttausende und der eine oder der andere von ihnen greift aus Verweissung zum Hausieren oder zum Bettel. Haben sie aber einem solchen bierschankbesitzenden Bierpfeifer, werden sie davon gesagt, weil, ja weiß's tra fbar (!) ist und weil die Reichsberger Kaffeehändler und Restaurateure namenslich für die Kriegskrüppel schon mehr als genug taten. Oder sind vielleicht zweihundert Kronen für sie alle zusammen noch zu wenig? Wer mit uns glaubt, daß dieser Beschluß der Gastwirte und ihre ganze Denkart unerhört ist, der sorge mit uns dafür, daß diese Drohnen bald zum Teufel gejagt werden.

Sie haben aus dem Weltkrieg wirklich etwas gelernt. Gestern, als wir von den Refruten sprachen, die bei den heurigen Affentierungen auf altösterreichischer Seite sich festlich schmückten und betranken, glaubten wir feststellen zu müssen, daß so viele aus dem Geschehen des Weltkriegs nichts gelernt hätten. Heute müssen wir diesem Fall einen anderen entgegenstellen, der beweist, daß der Weltkrieg doch nicht umsonst geführt wurde. Man hat daraus gelernt. Das sagt folgende Mitteilung eines tschechoslowakischen Divisionskommandos:

„Die Bewegungen der Armees im Weltkriege, Ablösungen der Befehl-

Angeheuere Sturmzweigen im französischen Parlament.

Paris, 23. März. (Sabas.) Die Kammer ging zur Verhandlung des Gesetzentwurfes über das provisorische Budgetwüffel für April und Mai 1923 über. Abgeordneter Brade beantragte die Vertagung der Debatte über das Budgetwüffel, bis die Finanzkommission über die für die Ruhrbesetzung erforderlichen Kredite Bericht erstatten wird. Poincaré erinnerte daran, daß die Regierung zur Beantwortung der von der Finanzkommission der Kammer vorgestern überreichten detaillierten Anträge um eine Vertagung auf Dienstag ersucht hat. Er erklärte, daß er sich am Dienstag vor dieser Kommission nach Einlauf der vom General Degoutte und Tirard verlangten Berichte einstellen wird. Abgeordneter Verthon rief in der Kammer einen heftigen Tumult hervor. Poincaré erklärte, daß er gleich die Abführung der Debatte fordern würde, wenn er sich dessen gewiß wäre, daß die äußerste Linke sich vernünftig benehmen wird. Darauf entstand ein furchtbarer Lärm. Dennoch hörte man Poincaré, wie er zu den Mitgliedern der äußersten Linken sagte, daß sich einige unter ihnen für ihre Artikel vor dem Gericht verantworten werden. Verthon betrat die Tribüne und es ertönten Ausrufe „Zensur! Zensur!“ Verthon sagte, daß Daudet ständig Betrügereien verübe. Daudet erwiderte: Ich verbiete Ihnen, mich in diese Angelegenheit zu verwickeln, Sie deutscher Agent! Und Sie sind wieder der Agent des Eisenfundikats! Es regnete Ordnungsrufe, aber vergeblich. Der Tumult wurde ohrenbetäubend. Poincaré zeigt auf Verthon und antwortet auf einen Zuruf, den er vielleicht selbst nur gehört hatte: Sie sind ein schrecklicher Vagabund! (Weisfall in der ganzen Kammer.)

Paris, 23. März. (Sabas.) Unter andauerndem Tumulte wurde die Sitzung des Abgeordnetenhauses unterbrochen. Nach Wiedereröffnung beantragte der präsidentierende Abg. Landry eine Ordnungsstrafe gegen den Abgeordneten Verthon. Es kam zu neuen Tumulten. Abg. Verthon erklärte trotz Versicherung einiger Abgeordneter, daß er nicht aus Altem gesprochen habe, die anlässlich der Präsidentenwahl im Jahre 1922 gegen Poincaré und seine Familie zusammengestellt worden sind. Die Sitzung wurde um 15 Uhr unterbrochen und um 15.5 Uhr wieder eröffnet.

zungen in den Kampfgräben und Marschen fanden meistens in der Nacht statt, damit jede Bewegung dem Feinde geheimegehalten werden konnte. Da unsere Armees den neuesten Erfahrungen gemäß geschult werden, sowie allen modernen Errungenschaften der Kriegswissenschaft Rechnung tragen muß, werden in der Frühjahrsperiode häufige Nachübungen in verschiedenen Garnisonen stattfinden, worauf das Publikum aufmerksam gemacht wird, um verschiedene, beunruhigende Nachrichten, die so leicht von uninformierten Leuten verbreitet werden, vorzubeugen.

Das Wort von den „modernen Errungenschaften“ verdient, in Gold geprägt zu werden. Deutschlands Kriegsblinde. Nach einer Statistik des Reichsarbeitsministeriums gibt es in Deutschland 2547 Kriegsblinde, worunter nur die gerechnet sind, die ihr Augenlicht voll verloren haben. Die Kriegsblinden in den abgetretenen Gebieten sind nicht mitgerechnet. Von diesen 2547 Kriegsblinden sind rund 12,5 Proz. in ihrem früheren Berufe geblieben, 60 Proz. sind in neue Berufe übergetreten, 20 Proz. waren ganz ohne Beruf. Der Rest hatte gelegentliche Beschäftigung. Es ergibt sich daraus, daß die Arbeitslosigkeit für die Blinden einen erheblichen Anstieg genommen hat. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1900 waren unter den damaligen Vollblinden nur 21,5 Proz. erwerbsfähig, zum Teil nach besonderer Ausbildung in den alten bekannten Blindenberufen, im Korb- und Stuhlflechten und dergleichen, die früher ein schnelles und unsicheres Auskommen, aber immerhin wenigstens eine einigermaßen dauernde Beschäftigung gewährten. Heute ist die Zahl der Erwerbsfähigen unter den Blinden mehr als dreimal so hoch.

Ein Schilling der tschechoslowakischen Regierung. Bularester Blättern zufolge wurde der dortige Universitätsprofessor Niculae organ von der tschechoslowakischen Regierung eingeladen, Vorträge an den Universitäten Prag, Brünn und Prahburg zu halten. Da das offenbar das rumänisch-tschechoslowakische Bündnis „ausbauen und vertiefen“ helfen soll, verlohnt es sich, diesen eminenten lokalpatriotischen Historiker Groß-Rumaniens näher zu betrachten, wie ihn ein Bularester Parteigenosse schildert: Prof. Jorga war das sogenannte Haupt der antisemitischen Bewegung dieses Landes. Aus seinem reichen Argumentenschatz sei nur eines hervorgehoben: daß das Wohl des rumänischen Volkes durch die Augenkrankheiten der Juden gefährdet sei, man sie deshalb von der Gleichberechtigung ausschließen müsse. Allerdings hat er in den letzten Jahren auf seine antisemitische Wäsche zugunsten Populärbedürftiger verzichtet. Im Verlauf der vor kurzen von seinen Gesinnungsgefährten bestellten antisemitischen Studentenkravalle verhöhten ihn diese sogar, was aber nur die besondere Niedrigkeit der von Polizeispießeln durchgeführten Rolle beweist. Jedenfalls bediente er sich dessen, um unter lebhaften „Protesten“ der frei-

Poincaré wurde von den Abgeordneten mit Händeklatschen begrüßt. Abg. Verthon erklärte: „Hätte ich die Worte gesprochen, die mit Poincaré zuschreibt, würde ich diese bedauern.“ Er behauptet, daß er Poincaré nicht beleidigen wollte. Der Vorsitzende Pérez konstatierte, daß die beleidigenden Ausdrücke von Verthon formal widerrufen worden sind und erklärte die Angelegenheit als beigelegt. Die Kammer eröffnete die Debatte über den Antrag, daß die Vertagung über die vorläufigen Budgetwüffel vertagt werde. Das Haus lehnte mit 450 gegen 66 Stimmen den Antrag Brade ab, mit welchem die Debatte über die Wüffel bis nach Anhörung der Regierung über die Operationen im Ruhrgebiete vertagt werden soll. Poincaré erklärte, er werde es sogar annehmen, daß in einer außerordentlichen Sitzung über die Kredite für das Ruhrgebiet beraten werde. Diese außerordentliche Sitzung wurde für Freitag morgens festgesetzt.

Kriegsminister Maginot antwortete sodann dem kommunistischen Abgeordneten Bailant-Conturier, welcher verlangte, daß der Jahrgang 1921 aus dem Dienste entlassen werde, daß die Offiziere und Soldaten im Ruhrgebiete nicht fordern, entlassen zu werden, sondern erklären, daß die Truppen verstärkt werden sollen. Der Kriegsminister dankte den Eisenbahnern und Soldaten, welche in einer Anzahl von 50.000 Mann ein Land mit fünf Millionen Einwohnern besetzt haben. Er betonte, daß die Soldaten die notwendige Energie entwickeln und verstehen, daß die Zurückhaltung des Jahres 1921 um einige Wochen eine unabweichliche minimale Notwendigkeit sei. Er fügte hinzu, daß die Truppen in im Ruhrgebiete um 20.000 Mann verstärkt wurden, damit die Ablösung, Ruhe und Urlaub gesichert werde. Er schloß mit der Zusicherung, daß die arbeitslosen kommunistischen Feldzüge die Soldaten von ihrer Pflicht nicht abwenden werden, deren sie vollkommen bewußt seien. Die Kammer nahm sodann mit 474 gegen 61 Stimmen die vorläufigen Budgetwüffel für die Monate April und Mai und einen vorläufigen Kredit von 1.170.309.164 Franken auf Rechnung der im Mai zu deckenden Ausgaben an.

sinnig tuenden Zeitungen auf die Ausübung seines Lehramtes zeitweilig zu verzichten, womit er vor allem seinem Reklamebedürfnis Rechnung trug. Politisch gehört Prof. Jorga — derzeit — der von der herrschenden Oligarchie geschaffenen Scheinopposition an, der er dank seiner großen Anpassungsfähigkeit in Bedarfsfällen sehr gelegen kommt, sonst ist er Demokrat. In Lyon versicherte er vor einigen Wochen in einem Unversitätsvortrag, daß Rumänien nach wie vor bereit sei, sich an der Seite Frankreichs für die Sache der Gerechtigkeit zu opfern, worauf sie ihn zum Ehren doktor machten. Da Herr Jorga sehr geschickt zu Werke geht, nach Art moderner Demagogen die Zuhörer durch Lachen zu lockern sucht, mit kräftigen Worten nicht spart, wo es sich um Unwesentliches handelt, soll das seine künftigen deutsch-ärischen Zuhörer vor allzu großem Applaus bewahren. Auch literarisch ist Herr Jorga tätig und seine Dramen bilden das Programm hawinistischer Gala-Vorstellungen. Sein dickbändiges Buch „Zivilisationsgeschichte der Rumänen“ ist für Kenner dieses Landes ein Beweis seiner Erfindungsstärke. Die Einladung dieser nur im Dunkeln leuchtenden Geistesgröße läßt darauf schließen, daß es der tschechoslowakischen Regierung vor allem auf die Pflege ihrer Beziehungen zu den reaktionären Kreisen Rumaniens ankommt.

Der Gesundheitszustand Lenins. Am 21. d. fand in Moskau eine ärztliche Beratung mit den aus den Auslande berufenen Professoren statt. Nach genauer Prüfung des Verlaufes der Krankheit und einer genauen ärztlichen Untersuchung Lenins kamen alle Unterzeichneten zu folgendem einstimmigen Urteil: Die Krankheit Lenins, welche eine Störung der Sprachorgane und eine Lähmung des rechten Fußes und des rechten Armes verursacht, nimmt ihren Ursprung in der Erkrankung der entsprechenden Blutgefäße. Die bisherige Art der Behandlung wurde gebilligt. Das Konsilium gelangte zur Ueberzeugung, daß die Krankheit nach ihrem Verlauf und nach dem Ergebnis der objektiven ärztlichen Untersuchung einer jener Krankheiten ist, welche sozusagen vollständig geheilt werden kann. Gegenwärtig sind die Krankheitserscheinungen im Rückgang begriffen. Allerdings erfordert dieser Prozeß dringend längerer ärztlicher Behandlung. Von dem erwähnten Datum an werden Bulletin über den Gesundheitszustand Lenins nur nach Bedarf ausgegeben werden. Unterz. Professor Henschen, Strumpel, Mirskobsky, Nonne, Foerster, Bunde, Kramer, Kozelnikow, Volkskommissar für Gesundheitswesen Semaslo.

Sommerzeit in England. Das englische Ministerium des Innern teilt mit, daß die Sommerzeit, welche vom Parlament schon festgesetzt wurde, am 22. März um 2 Uhr früh nach Greenwich beginnen und bis 16. September d. J. dauern wird.

Der Kampf der öffentlichen Angestellten in Wien. Aus Wien, 23. März, wird uns telephoniert: Infolge der gestrigen Erklärung des Bundeskanzlers, daß er am 15. April einen weiteren Abbau der Beamten und auch der Fahr-

begünstigungen vornehmen werde, ist die Stimmung unter den Post- und Telegraphenangestellten sehr erregt. Es haben zwar Nachmittags im Bundeskanzleramt wieder Besprechungen mit dem Aktionskomitee begonnen, aber man glaubt kaum, daß diese Besprechungen zu einem Ergebnis führen werden. In den Postämtern häufen sich die Rückstände immer mehr an und Zeitungen aus der Provinz und dem Auslande werden nur in sehr geringem Umfang zugestellt. — Auch im Spitalkonflikt haben nachmittags Besprechungen mit der Regierung stattgefunden, aber auch hier ist kaum eine rasche Beendigung des Konfliktes zu erwarten. In den Spitälern hat der passive Widerstand bereits arge Wirkungen hervorgerufen. So herrscht ein sehr großer Mangel an reiner Wäsche. Eine Vertrauensmännerversammlung des Personals der Spitäler hat heute vormittags einstimmig die Fortsetzung des passiven Widerstandes beschlossen.

Hilfe für die Skrofalösen Kinder. In der „Freien Schulzeitung“ lesen wir: In Zwidau i. B. befindet sich eine Landesanstalt für Skrofalöse Kinder. In dieser Anstalt werden Kinder aufgenommen, welche an Skrofalose erkrankt sind oder zur Skrofalose disponiert sind oder an Besleitererscheinungen der Skrofalose leiden. Für diese Kinder soll man um Aufnahme ersuchen, und zwar bei unentgeltlicher Behandlung an den Landesverwaltungsausschuß in Prag, III. Man lasse sich einen Prospekt senden von der „Direktion der Landesanstalt für Skrofalöse Kinder in Zwidau i. B.“, worin alle Bedingungen zur Aufnahme angegeben sind. Reicht dann ein, damit diese Anstalt nicht den deutschen Kindern verloren geht. Es gibt gewiß noch viele solche Kinder, welche zu Hause bei unrichtiger Pflege langsam dahinsiechen, während sie in einer so sachgemäßen ärztlichen Behandlung der Heilung zugeführt werden könnten. — Kinderfreund! Sehet euch um, ob nicht in euren Gemeinden solche Kinder sind, bei denen es möglich wäre, sie in diese Anstalt zu senden. Helfet den Eltern solcher Kinder, die notwendigen Dokumente zu verschaffen. Die Reisekosten für arme Kinder werden von den Bezirkskommissionen für Kinder-schutz (Bezirksvorsicher oder Bezirksobmann) aufgebracht, wenn man darum ansucht. Kostet diesen Aufruf nicht umsonst sein! Helfet den kranken, Skrofalösen Kindern des deutschen Volkes!

Millardenbetrag im Hamburgen. Wie die Mütter aus Hamburg melden, hat der Inhaber der Hamburger Chemikalien- und Kalksirma Weissenhof u. Co. es verstanden, auf Grund eines Postens von Schwefelmineralien (700 Tonnen) beziehungsweise der Dokumente dafür, sich Bankchecks im Betrage von rund sieben Milliarden Mark zu verschaffen. Er ist, nachdem er die Checks eingelöst hatte, flüchtig geworden. Es heißt, daß es ihm gelungen sei, seinen Raub in Dollars umzuwechseln und unerkannt an Bord eines Passagierdampfers zu gelangen, der bereits nach Amerika unterwegs ist. Geschädigt sind große Chemikalienfirmen.

Wahnsinnstöt eines 70jährigen. Der Berliner „Vorwärts“ berichtet: Ein offenbar im Altersinn begangener Doppelmord und Selbstmord alarmierte in der vergangenen Nacht die Bewohner des Hauses Dycker Straße 10. Dort wohnt der 70 Jahre alte Renteneinpfeifer Friedrich Krieg mit seiner 66 Jahre alten Frau Auguste und seinem 33 Jahre alten Sohn Oswald, der bei der Eisenbahn angestellt war. Durch einen starken Gasgeruch wurden Hausgenossen auf die Wohnung aufmerksam, öffneten die Tür, die der alte Krieg seiner Gepflogenheit entsprechend nur eingeklinkt hatte, und fanden alle drei tot auf. Frau Krieg und ihr Sohn lagen mit einem Wattenbausch auf dem Munde in ihren Betten, der alte Krieg auf dem Rücken auf dem Fußboden. Mehrere Gasahne waren geöffnet. Kriminalbeamte nahmen den Totbestand auf. Alle drei Wohnungsinhaber waren bereits tot. Wie festgestellt wurde, lebte der alte Krieg, der etwas wunderlich war, mit seinem Sohne auf gespannter Ruhe. Darin ist wohl die Veranlassung dafür zu suchen, daß er an Frau und Sohn Hand anlegte und ihnen hierauf in den Tod folgte. Während die beiden schliefen, legte er ihnen einen Wattenbausch mit einem Betäubungsmittel auf den Mund und öffnete dann die Gasahne, um sie und sich selbst zu töten.

Die Organe eines an beiden Beinen Amputierten. Wie der Wiener Polizeibericht erzählt, hat der ägyptische Kaufmann Roditi, der im Hotel „Jägerhorn“ auf der Wiedner Hauptstraße wohnt, ein siebzehnjähriges Mädchen, das bei ihm als Hautgehilfin angestellt ist, durch Schnaps betäubt und vergewaltigt. Roditi ist ein hilfloser Krüppel, dem beide Beine amputiert worden sind. Die Mutter des Mädchens ließ sich durch Geschenke von der Anzeige abhalten und beließ das Mädchen weiter im Dienste des Mannes. Das Mädchen führte ihm drei Freundinnen im Alter von sechzehn, dreizehn und elf Jahren zu. Die beiden älteren Mädchen stellten ihm in gleicher Weise zum Opfer. Die Mutter dieser beiden Mädchen nahm ebenfalls Geschenke von Roditi an. Die beiden Mütter wurden dem Landesgerichte eingeliefert, die Mädchen dem Fürsorgeverfahren unterstellt und gegen Roditi die Anzeige erstattet.

Begnadigung zweier Mörder. Der Präsident der Republik hat die beiden Mörder der Frau Dostal in Wistel, die zum Tode durch den Strang verurteilt worden waren, begnadigt. Der Mörder Kmetz erhielt 20 Jahre schweren Kerker, während Rozejnal lebenslanglich in Haft verbleibt.

Gerichtssaal.

Am Tage des Begräbnisses Madins.

Prag, 23. März. Es war am Tage des Begräbnisses des Dr. Madin. Der Schlossergeselle Franz Menoukel, der von Prag-Deconov nach Prag-Pösch ging, um Arbeit zu suchen, traf am Wege — es war um die Mittagsstunde — eine Gesellschaft, die eilenden Schrittes nach Prag zu ging. Menoukel, dem die Gestalt der Menschen, ja das Begräbnis nicht zu verfehlen, lächerlich erschien, rief ihnen zu: „Geben Sie auch zum Begräbnis des Madins? Mit den anderen Herren, die auch dort sein werden, werden wir auch fertig werden!“ Die Gesellschaft ließ Menoukel wegen dieser Äußerung verhaften. In der Anklageschrift gegen Menoukel, die wegen Vergehens nach § 305 Billigung einer strafbaren Handlung erhoben wurde, heißt es, daß dieser Auspruch des Menoukel zwar nicht klar sei, daß er aber zur Charakteristik des Angeklagten beiträgt. Menoukel wurde heute zu sechs Wochen schweren Kerkers unbedingte (!) verurteilt.

Er war immer tschechenfreundlich.

Prag, 22. März. Nach dem Umsturz erschien im Amtsblatt eine Aufforderung der Beschwerdelkommission des Ministeriums für nationale Verteidigung an alle ehemaligen tschechischen Offiziere, sie mögen über das Verhalten derjenigen Offiziere, während des Krieges Aufschluß geben, die um Aufnahme in die tschechoslowakische Armee ansuchten. Hauptsächlich handelte es sich der Beschwerdelkommission darum, über das tschechenfeindliche Vorgehen dieser Offiziere Näheres zu erfahren. Der praktische Arzt Dr. Ottokar Horak las damals diese Aufforderung und sandte der Beschwerdelkommission einen Bericht über ein Offiziersdiplom, das am 20. Juli 1918 in Damaskus stattgefunden hatte und auf dem über die Haltung des tschechischen Weils gesprochen wurde. Dr. Horak teilte bei diesem Bankett das Vorgehen des tschechischen Weils und geriet deshalb in eine Auseinandersetzung mit dem damaligen Prinzen Dr. Adolf Schwarzenberg. (Die Mutter Schwarzenbergs war erste Hofdame bei Zita Habsburg, sein Vater Majoratsherr von Hluboka). Dr. Schwarzenberg — ein forischer Held des Hinterlandes — erklärte bei der Auseinandersetzung brüsk, daß die tschechische Nation ein Volk von Verrätern sei, das keine Rücksicht verdiene.

Die Beschwerdelkommission ging der Sache nach und führte eine Konfrontierung Dr. Horaks mit Exprinz Dr. Schwarzenberg herbei. Der einst so tschechenfreundliche Prinz hatte es nach dem Umsturz nämlich auch für gut befunden, in die tschechoslowakische Armee einzutreten. Bei der Gegenüberstellung wiederholte Dr. Horak seine Behauptung und fügte noch hinzu, daß Schwarzenberg damals einen Bericht über die Ausprüche in Damaskus den Militärbehörden in Damaskus und Konstantinopel eingeschickt und Dr. Horak als antidemokratischen Revolutionär bezeichnet habe. Gegen ihn (Dr. Horak) wurde auch von den Militärbehörden eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch nicht zum Abschluß kam, da inzwischen der Umsturz kam.

Dr. Schwarzenberg, der bei der Konfrontierung gegen die Angaben Dr. Horaks wenig Einwendungen machte, erhob gegen diesen dann die Anklage wegen Ehrenbeleidigung. Er habe den ihm zur Last gelegten Auspruch über die tschechische Nation nie gemacht. Jedenfalls muß aber Dr. Schwarzenberg seiner Sache nicht so gewiß gewesen sein, denn er unterließ es, gegen Dr. Horak auch die Anklage wegen Denuntiation, die doch in diesem Falle vorliegen wäre, erheben zu lassen. Die erste Verhandlung in dem Ehrenbeleidigungsprozeß fand vor ungefähr einem Jahre statt und mußte verjagt werden.

Dr. Adolf Schwarzenberg, der zur heutigen Verhandlung mit seinem Rechtsvertreter Dr. Ruzich erschienen war, legte eine Reihe Briefe vor, aus denen ersichtlich sein sollte, daß er während des Krieges ein guter Tscheche war und daß er sich nie der tschechischen Nation gegenüber feindlich benommen habe. Er habe auch damals nach dem Bankett in Damaskus sich von den Offizieren ein Protokoll über seine Ausführungen geben lassen; dieses Protokoll befände sich jedoch bei den Akten des Konstantinopler Militärgerichts und sei daher nicht zu beschaffen. Schwarzenberg wollte auch für seine tschechenfreundliche Gesinnung eine Reihe von Zeugen führen, was das Gericht jedoch als nicht entscheidend abgelehnt hat. Nach einer langwierigen Verhandlung wurde schließlich Dr. Horak freigesprochen. In der Begründung des Urteiles heißt es, daß für Dr. Horak der Wahrscheinlichkeitsbeweis genügt, da er den für Dr. Schwarzenberg so ungläubigen Bericht ja über fremden Auftrag gemacht habe. Der Wahrscheinlichkeitsbeweis sei Dr. Horak vollkommen gelungen. Dr. Adolf Schwarzenberg hat gegen das Urteil, das ihn ja als „Tschechenfreund“ für immer schiet, Berufung eingelegt.

Der Prozeß der Angestellten der Wiener Bodenbankfiliale.

Wien, 23. März. Vor dem höchsten Handels-Gericht fand den ganzen Tag hindurch die Verhandlung im Prozeß der Wiener Filiale der Bionostenska banka gegen diese Anstalt auf Nachzahlung der Gehaltsgläubiger in tschechoslowakischen Kronen für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai 1922 statt. Der Streit bezieht darin, daß die Wiener Filiale der Bionostenska banka ohne Kündigung des Kollisionsvertrages am 31. Dezember 1921 die Auszahlungen der Beamten-Gehälter in K. eingestellt und die Beamten-Gehälter weiter nach dem für die österreichischen Geldinstitute geltenden Schema ausgezahlt hat. Die Beamten-Gehälter anerkannte die Auszahlung nach diesem Schema in österreichischen Kronen nicht und überreichte gegen die Bank über 350 Klagen, über welche heute kollektiv in der Schlussverhandlung das Handelsgericht entscheidet. Nach durchgeführter Verhandlung erklärte der Gerichtshof, daß das Urteil den Parteien schriftlich übermittelt wird.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die amerikanische Filmindustrie hat eine mächtige Ausbreitung gewonnen. Nach einer Statistik des „Daily Herald“ gibt es in den Vereinigten Staaten 15.000 Lichtspieltheater mit 7.605.000 Sitzplätzen; die Zahl der Kinobesucher beträgt durchschnittlich wöchentlich 50 Millionen, die den Theaterbesitzern jährlich einen Tribut von ungefähr 520 Millionen Dollars entrichten. In den Kinohäusern sind ungefähr 105.000 Personen angestellt, bei den Aufnahmen 50.000, in der ganzen Industrie 300.000 beschäftigt. Das in der Filmindustrie angelegte Kapital beträgt 1,25 Milliarden Dollars. Im Jahre 1921 führte Amerika ungefähr 50 Millionen Meter Film aus. Die in den anderen Ländern ausgeführten Filme sind zu 90 Prozent amerikanischen Ursprungs.

Versehmelzung der Bodenbank mit der tschechischen Agrarbank. Wie die „Bohemia“ meldet, steht die Vereinigung der beiden genannten Banken bevor. Die Aktien der Bodenbank sollen auf die Hälfte ihres Nominales abgestempelt werden. Die Reserven, die über neun Millionen Kronen betragen, gelten als verloren. Für die Bodenbank scheint die Vereinigung mit der Agrarbank die einzige Rettung zu sein.

Die Passiven der Bohemia-Bank betragen, wie die Wiener Zeitschrift „Die Börse“ zu berichten weiß, ungefähr 180 Millionen Kronen bei einem Aktienkapital von 35 Millionen, von denen nur 25 Millionen eingezahlt sind, mit ausgewiesenen Reserven in der Höhe von neuninhalf Millionen.

Steigerung der tschechoslowakischen Ausfuhr. Wie das statistische Staatsamt mitteilt, hat die Ausfuhr im Februar 873.369.708 Kronen betragen, was gegen den Monat Jänner (776.194.949 K) eine Steigerung von fast 100 Millionen Kronen bedeutet. Was die Ausfuhrländer betrifft, steht an erster Stelle Österreich mit 205 Millionen Kronen, an zweiter Stelle Deutschland mit 159 Millionen Kronen.

Auch der Wahlausschuss genießt den Schutz des § 22 des V. A. Ges. und darf nur mit Zustimmung der Schiedskommission entlassen werden. Folgender Sachverhalt liegt dieser Entscheidung zugrunde, den wir einem Erkenntnis der Schiedskommission in Mähr. Weiskirchen vom 15. März 1923 entnehmen: Wie durch übereinstimmende Angaben der Beteiligten (vor der Schiedskommission) festgelegt erscheint, hat Herr Josef Libiger am 1. März 1923 dem Anhaber des Sägewerkes in Rianitz Herr Josef Losert bekanntgegeben, daß sich ein Wahlausschuss zur Bildung des Betriebsausschusses des genannten Sägewerkes gebildet hat und daß er zu seinem Obmann gewählt wurde. Am 3. März 1923 hat Herr Otto Losert dem Obmann des Wahlausschusses Herrn Josef Libiger Kündigung. Gemäß § 22 des Ges. vom 12. August 1921, Nr. 330, S. d. G. u. Bdg., dürfen Mitglieder des Betriebsausschusses nur mit Zustimmung der Schiedskommission entlassen werden. Die genannte Geschäftsstelle schreibt ausdrücklich vor, daß die Betriebsleitung die Arbeitnehmer in der Ausübung des Wahlrechtes und ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Betriebsausschusses nicht beschränken darf. Da die Ausübung des Wahlrechtes in dieser Geschäftsstelle ausdrücklich der Tätigkeit als Mitglied des Betriebsausschusses koordiniert erscheint, ist mit Notwendigkeit zu schließen, daß der Gesetzgeber jenen Schutz, welchen er im zweiten Absätze des § 22 des obgenannten Gesetzes gewährt, auch den Mitgliedern des Wahlausschusses hat angedeihen lassen wollen, und daß sohin auch die Mitglieder des Wahlausschusses nur mit Zustimmung der Schiedskommission entlassen werden können. Für diese Auslegung spricht auch der Grundgedanke (ratio legis) der genannten Geschäftsstelle, da die Mitglieder des Wahlausschusses denselben Schutz benötigen, wie diejenigen des Betriebsausschusses.

Die Bedrängung der Papiermark geht un-aufhaltsam vor sich. Die Zahl von sogenannten Festwertpapieren, also Wertpapieren, deren Gegenwart nicht in Papiermark, sondern auf Naturalien oder selbst in Gold lautet, häuft sich jetzt derart, daß es schwer fällt, einen Ueberblick darüber zu behalten, welche dieser neuen Papiere durch die produktive Tätigkeit der ausgehenden Kreise genügend gesichert sind. Auch in den Spar-Kassenverkehr bringt der Festwert immer mehr ein. Sind schon bisher auf Grund der Natural-papiere bei einzelnen Spar-Kassen Festwertkonten eingeführt worden, so geht jetzt die Volks-Land-wirtschaftsbank auch dazu über, Gold-Sparen-lagen anzunehmen, die durch Dollarschekenaus-lösungen des Deutschen Reiches gedeckt sind. In der Industrie ist das Streben nach einem Gold-obrechnungsverkehr sehr stark; der Industrie- und Handelsbedarf hat eine Entschärfung, die ihn fordert, neuerdings veröffentlicht. Die Banken verhalten sich vorläufig dazu noch ablehnend. Der ganze Umstellungsprozeß könnte wesentlich erleichtert werden, wenn die Reichsbank sich zu einer Erklärung darüber entschließen, ob die Reichsbank gefonnen ist, die jetzt eingeleitete Stützungsaktion für die Mark nicht nur während der Dauer des Ruhrkampfes, sondern auch nach seiner Beendigung als wesentlichen Bestandteil ihrer Politik anzusehen. So wie die Dinge jetzt liegen, sucht man das neue Wertmaß, die Gold-mark, just zu einer Zeit, wo die Papiermark immerhin einen einigermaßen beständigen Gold-wert hat. Je mehr aber Industrie und Handel sich gegen eine etwaige weitere Verschlechterung des Geldwertes sichern, desto mehr wird auch die Arbeiterschaft vor die Frage gestellt, ob sie nicht nach ähnlichen Sicherungen suchen soll. Durch alle derartigen Bestrebungen wird aber eine gewisse Unruhe und Uneinigkeit in der für die gesamte Wirtschaft wichtigen Frage, welcher Wertmaßstab überhaupt als verbindlich anerkannt werden soll, hervorgerufen.

Wert hat. Je mehr aber Industrie und Handel sich gegen eine etwaige weitere Verschlechterung des Geldwertes sichern, desto mehr wird auch die Arbeiterschaft vor die Frage gestellt, ob sie nicht nach ähnlichen Sicherungen suchen soll. Durch alle derartigen Bestrebungen wird aber eine gewisse Unruhe und Uneinigkeit in der für die gesamte Wirtschaft wichtigen Frage, welcher Wertmaßstab überhaupt als verbindlich anerkannt werden soll, hervorgerufen.

Devitenturse.

Die tschechische Krone notiert in:

| | | | |
|--------|-------|-------------|----------|
| Paris | | Schw. Frank | 16.10'00 |
| Berlin | | Mark | 621'05 |
| Wien | | östr. Kr. | 2127'00 |

Prager Kurse.

| | Gold | Ware |
|-----------------------|-----------|-----------|
| 100 holl. Gulden | 1356'00 | 1360'00 |
| 10.000 Mark | 16.50'00 | 17.50'00 |
| 100 belg. Francs | 199'25 | 200'75 |
| 100 schweiz. Fran. | 633'75 | 636'25 |
| 1 Pfund Sterling | 100.62'50 | 102.12'50 |
| 100 Lire | 168'25 | 169'75 |
| 1 Dollar | 34.20'00 | 34.60'00 |
| 100 iranz. Francs | 224'25 | 225'75 |
| 100 Dinar | 36.37'50 | 36.57'50 |
| 10.000 magyar. Kronen | 69.00'00 | 73.00'00 |
| 10.000 poln. Mark | 8.00'00 | 10.00'00 |
| 10.000 östr. Kronen | 4.00'00 | 5.10'00 |

Züricher Schlusskurse.

| | Gold | Ware |
|------------|-------------|-------------|
| Paris | 35.50'00 | 35.80'00 |
| London | 25.36'00 | 25.39'00 |
| Berlin | 0.02.56'00 | 0.02.61'00 |
| Wien | 26.40'00 | 26.50'00 |
| Holland | 213'00 | 213'75 |
| Wien | 0.00.74'75 | 0.00.75'75 |
| Budapest | 0.10'00 | 0.12'00 |
| Prag | 18.00'00 | 16.10'00 |
| New York | 5.40'00 | 5.41'00 |
| Belgrad | 5.50'00 | 5.50'00 |
| Warschau | 0.0.1.12'00 | 0.0.1.37'00 |
| Wien gest. | 0.00'00 | 0.00'00 |

Vorträge.

Eine Wanderung durch das alte Prag. (Vortrag des Genossen Dr. Armin Klein in der „Urania“.) Mit angenehmen Gefühlen wohnt ein zahlreich erschienenem Publikum den leicht faßlichen Erläuterungen bei, die der Vortragende zu den schönen Lichtbildern gab und mit angenehmen Gefühlen schied jeder, der sich einen Sinn für wahre Volksbildung und Interesse für den Aufstieg der arbeitenden Schichten bewahrt hat. Nicht bloß dem klaren Aufbau der Ausführungen, die einen Ueberblick über die Prager romanischen, gotischen, Renaissance- und Barockbauten boten, ist diese Befriedigung zuzuschreiben. Es wurde vielmehr in unausdrücklicher Weise auch den Zuhörern aus Bürgerkreisen ein Einblick in das verdienstvolle Wirken der „Naturfreunde“ gewährt und aufgezeigt, wie in unseren Tagen, da sich Kabarett-, Kino- und Operettenshau, Bars und Nachtcaféhäuser als Vergnügungstätten des Zulaufes des leichter verdienenden Bürgertums erfreuen, die proletarische Jugend für edle Genüsse begeistert wird, welche aus der Betrachtung von Kunst und Natur fließen. Mag auch die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Menschen in diesem Staate nicht rosig sein, auch der kapitalistische Kurs der herrschenden Klassen kann nicht verhindern, daß die Kunstschätze an denen Prag so reich ist, den Proletariern Belehrung und Erbauung bieten, wenn sie von einem so kundigen und aufopfernden Führer vermittelt werden, wie es Genosse Dr. Klein ist. Bezeichnend für den proletarischen Bildungsdrang ist das eine Bild, auf dem Arbeiter aus der Teplitzer Gegend zu sehen waren, die die lange Fahrt und die Kosten nicht scheuten, Prags Kunstdenkmäler zu besichtigen. Der Abend war eine sachliche, vornehme Empfehlung für die Ziele der „Naturfreunde“.

Theater und Kunst.

Die Erwachsenen. Familienlustspiel von Sling. (Neues deutsches Theater). Sling ist der Deckname für den Feuilletonredakteur Paul Schiefinger, der die Volksliche Zeitung bedient. Als solches stehen ihm zufolge jahrelanger Praxi amütigen Geplauder, nicht allzu verblüffende Geistesblitze, weltchmeryliche Klugheit, jüdische Ironie und Ähnliche einem Feuilletonredakteur unentbehrliche Requisiten reichlich zur Verfügung. In diesem Genre ist auch sein Lustspiel „Die Erwachsenen“ gehalten, welches die Gegensätze zwischen jungem und altem Geschlecht in heiterer Form darzustellen versucht. Die Erwachsenen — das sind der Fabrikant Robert Mohr samt Gemahlin und Professor Philipp Parker, dessen noch junge Frau Mia eine geschlechtliche Mitterrolle zwischen jenen und der jungen Generation zu mimen bestimmt ist. Dieser Jugend gehören Dr. Carlors Neffe und Rändel, Thomas Carter, und des Fabrikanten Robert Mohrs Nichte und Wündel, Evelyn Mohr, an. Diese neue Jugend ist rein, gläubig und hat Recht. Davon muß sich die alte unsaubere Generation überzeugen lassen. Das ergibt reichlich heitere und sentimentale Situationen. Von diesen ist der erste Akt so sehr erfüllt, daß er langweilig wird. Dazu trug auch die ermüdende Dunkelheit bei, die über die Szene gehobelt wurde: Am lustigsten wirkte der zweite Akt, in welchem die Komödie sich zur Charakterstudie zu erheben versucht. Der Schlusssatz streifte als Mittel der unerträglich gewordenen jüdischen Jargonstüde. Der Erfolg war dementsprechend mäßig. Gespielt wurde im allgemeinen nicht schlecht. Nur Herr F i r m b a ch verlagte. Fr. R a i n e r purverte die manchmal matte Stimmung durch ihre frische Lebendigkeit auf. Herrn Liebls spitzköpfige Gesellschaftscharaktere erhöhte die lustige Wirkung. Auch Herr K ä h n e als jüdischer Lehrling wackte das Bewußtsein, daß eine Komödie gespielt wurde. Um

diese Wirkung noch mehr zu steigern, wird sich die Regie überall um flottere Tempis kümmern müssen. O. K.

Neues Theater. Heute, Samstag „Apachen“; morgen nachmittags halb 3 Uhr „Die Bojardere“, 7 Uhr abends „Ernani“.

Kleine Bühne. Heute, Samstag, halb 8 Uhr „Die Erwachsenen“; morgen nachmittags „Jungeberg“, halb 8 Uhr abends Gastspiel Leopold Kramer „Konzert“.

Bereinsnachrichten.

Urania.

Heute, 2 Uhr: „Die Räuber“, Urania-Kasseler-vorstellung, Neues Deutsches Theater. Restl. Karten ab halb 2 Uhr Theaterkasse.

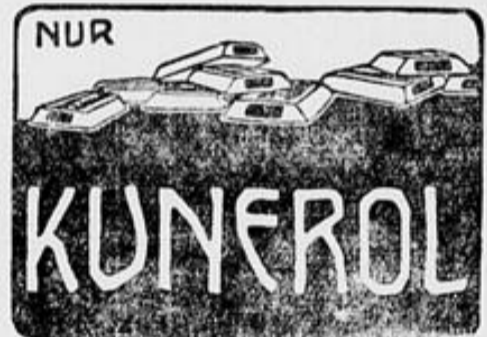
Sonntag, halb 5 Uhr: „An der Fahne, im Westerwald und Taunus“ mit farbigen Lichtbildern. Prag Reniwoh-Berlin.

Montag, 6 Uhr: „Moderne Lyrik mit besonderer Berücksichtigung der Prager Dichter“, Prof. Dr. Erwin Klein.

Dienstag, 8 Uhr: „Vergnügliche Geschichten aus eigenen Werken“, Hans H e r m a n n-Letzjg. Karten zu allen Vorstellungen, Mitglieder Ermäßigung: Urania-Kasse. 1513

„Aus meinen humoristischen Prosaarbeiten“ mit einl. Vortrag: Adolf U z a r s k i-Düsseld.: Heute 8 Uhr. Der Vortragende las jetzt in Köln, Berlin usw. vor ausverkauften Häulen mit hartem Heter-leiterfolg aus seinen Werken, die sich durch einen köstlichen, eigenartigen Humor auszeichnen. Karten 5, Mitgl. 4 K. 1513

Mitteilungen aus dem Publikum.



Vertreter: Siegfried Beck, Prag-Karolinental Hotzinselgasse 7. 1436

„Tolle Weiber“ (Polish Wives). 1490

Neuestes Sparsystem. Die chemische Fabrik Libenia bringt eine konkurrenzlose Neuheit für alte, farbige Schuhe. Libenia-Garnitur erweuert garantiert alte, farbige Schuhe; alle Flecken werden entfernt, der Schuh wird überfärbt und ist wie neu. Kein oberflächlicher Anstrich, das Präparat bringt in das Leder. 1497

Herausgeber: Dr. Ludwig Czsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Abtiegengesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Kugellager-Schreibmaschine SMITH BROS

Wer eine Smith hat bleibt ihr ewig treu.

Generalvertreter: 1474/11

Prag, Lucerna *Sibian & Co* Filiale: Reichenberg Gabelnzer-Str. 15.

Vertretung div. Städte noch zu vergeben.

MILLA'S Brauheringe Fischkonserven, Bäcklinge.



zu beziehen durch die Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine in PRAG II., Fügnerovo nám. 4. 1278

STEMPEL Inserieren Sie im F. CHMEL

Prag II., Nekazanka 18. „Sozialdemokrat“

Kuh & Kretsch

Likörfabrik Teplitz-Schönau.